

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Zur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 30. September 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinhalte usw. 15 Pfennig die Zeile; Ränge, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 113

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Zirkel: Jena 1913, I. — Die deutschen Gewerkschaften, III (Schluß). **Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht:** Prozeßfähigkeit der Minderjährigen. — Was haben die Familienangehörigen bei den militärischen Übungen ihres Ernährers in Friedenszeiten zu beanfordern?

Starrspendungen: Aachen. — Alpenrabe. — Braunschweig (M.-M.). — Düsseldorf. — Erfurt. — Essen. — Frankfurt a. M. — Frankfurt a. M. (M.-M.). — Frankfurt a. O. — Goslar a. S. — Hannover. — Kassel. — Krefeld. — Magdeburg. — Oppeln. — Straßburg i. El. — Weisel (M.-S.). — Zell.

Landschau: Ferien! — Meisterprüfungen. — Es zogen drei Fingerringe...! — Betriebsunfall. — Verpflichtung zur Abschließung eines Lehrvertrags. — Töfft! Töfft! — Buchdruckerlehrlingsarbeiterstreik in Wiesbaden. — Wie Vertrauensmänner der Arbeiter als „Sicherheitsmänner“ behandelt werden. — Kein „Sozialistengesetz“ mehr. — Abgelehnte Organisationsverfechtung. — Die kirchliche „Unabhängigkeit“ der christlichen Gewerkschaftsführer. — Zur Erhöhung der Wohnpensionsgrenze. — Schutz vor Streikbrechern durch das Gewerbegericht. — Der Konjunkturrückgang. — Aus der englischen Gewerkschaftsbewegung.

Jena 1913

I.

Die prächtige Stätte des verstorbenen Ernst Abbe, des hervorragenden Sozialreformers und Philanthropen, ist der sozialdemokratischen Partei zum gern aufgesuchten Schauplatz der alljährlichen „roten Woche“ geworden, und Jena, das vielbesungene schöne und freie, zum erklärten Tagungsorte. Zum dritten Male (1905, 1911, 1913) war das Parlament der weitaus größten deutschen Partei nach dem Senaer Volkshaus einberufen, von dem es heißt, daß in ihm die „Preußenfrage“ ständig abgehandelt werden sollen. Zum ersten Male seit 38 Jahren fand ein Parteitag der Sozialdemokratie ohne Bebel statt, den kürzlich Heimgegangenen. Die Ehrung des verstorbenen Parteioberhauptes mit mehr als menschenalterlanger, unbestrittener Führerschaft war Molkenbutyr zugefallen. Bebels Wirken und Verdienste wurden aber von dem Parteitag noch besser geehrt durch den Verlauf des dritten Jena, das zum mindesten gezeigt hat, wie erfrischend der Wille vorhanden ist, das Werk von August Bebel vor Zerbröckeln und Verfall zu bewahren.

Die neuen Männer: Ebert als Nachfolger Bebels im Vorstand, und — aller Wahrscheinlichkeit nach — unser Kollege Scheidemann als Fraktionsvorstand, werden es nicht leicht haben. Aber nach der glänzenden Attacke des Lebigen in der Massenstreikfrage und seinen unstreitigen parlamentarischen Erfolgen wie des an dem ersteren gerühmten faktischen Geschickes dürfte die entstandene große Lücke wohl in zufriedenstellender Weise ausgefüllt werden. Die einzelnen Strömungen zusammenzufassen, war Bebel schon nicht mehr leicht geworden. Sein Kampf vor zwei Jahren in Jena mit der Hydra der vier Q war Bebels letztes Kraftaufgebot, denn vorjährig in Chemnitz mußte er sich mit der Rolle des schärfst zuhörenden Beobachters bescheiden. Aber man kann nicht sagen, daß Bebels damalige kräftige Abwehr der vier Q nachwirkend gewesen wäre, da die Luxemburg-Ledebour-Liebkecht-Laufenberg-Sparte vor dem diesmaligen Jena doch wieder in einer Weise rumorte und ein Tohuwabohu in Szene setzte, daß das an der weiblichen Führerin dieser Gruppe vollzogene Standgericht von ihr sicherlich verdient war. In dieser Beziehung ist es also schon ein Erfolg, wenn die Q samt Gesinnungsanhang, der merkwürdigerweise neuerdings manchmal nach der Streikfrage wechselt, einen Parteitag nicht mit dem Gefühl der Befriedigung verlassen können. Das aber ist ihnen vom Jena 1913 sicher nicht beschieden gewesen, und es ist gut so.

Das dritte Jena hat gezeigt, daß der Aberradikalismus zu einem Drittel noch in der Sozialdemokratie vorhanden ist. Daß er eine weitere Schwächung erfahren wird, kann nur der Wunsch der Gewerkschaften sein; diesen Prozeß zu beschleunigen, müssen sie als ihre Aufgabe betrachten. Die Situation ist gar nicht dazu angefangen, diesen doktrinären Gelüsten weiteren Spielraum zu lassen.

Die sozialdemokratische Partei hat wie die Gewerkschaften im vergangenen Jahr einen weniger großen Zuwachs gehabt, die Parteipresse ist um etwa 13000 Abonnenten zurückgegangen. Diese Erscheinungen werden auf die hereinbrechende Krise zurückgeführt und wiegen daher nicht allzu schwer, wenn sie auch, wie gleichfalls bei den Gewerkschaften, nicht unbeachtet bleiben dürfen. Der Kassierer Braun besonte deshalb auch entschieden die Notwendigkeit größerer Agitationserfolge. Die erste Mitglieder-million müsse im laufenden Jahr erreicht werden. Seiner Anerkennung für die verkannte Tätigkeit der vielen „kleinen“ Funktionäre flocht er einen Tadel für die an, „die in großen Massenversammlungen, umbrauf von dem jubelnden Beifalle der Massen, die Massen gegen die Führer aufrufen oder in wohlstilisierten Artikeln den Wert der Organisationsarbeit herabmindern“, was durch Zustimmung Unterstreichungen fand.

Für uns als Buchdrucker ist nicht ohne Bedeutung, daß die Zahl der in Parteibetrieben Beschäftigten auf 11089 Personen angewachsen ist; wir stellen dazu einen nicht unerheblichen Anteil. Brauns Ausführungen über die geschäftliche Seite waren nicht ohne Interesse. Zu einem „eigenen Organ“ zu gelangen, ist eine Sache, die wie jede Blattsgründung reifer Überlegung bedarf. Das zeigte sich auch bei der wiederum verlangten Herausgabe einer Modenzeitschrift, was als „Unmöglichkeit“ bezeichnet wurde. Dafür soll aber ein illustriertes vierzehntägiges Familienblatt erscheinen, das beste Unterhaltungsliteratur bieten, aber auch einen weiten Ansprüchen genügenden hauswirtschaftlichen Teil enthalten soll. Das Pressebureau fand Kritik, die indes mit Argumenten erwidert wurde, die auch hier das Dwalnen nicht geringer Schwierigkeiten erkennen lassen. Die von Adolf Braun mit Recht beklagte Uniformität der sozialdemokratischen Presse hat wohl noch andre Ursachen als die ungenügende Besetzung genannten Bureaus. Die Schaffung einer Inseratenzentrale, die einwilligen auf Schwierigkeiten persönlicher Natur stößt, soll im Auge behalten werden.

Die alljährliche Bildungs- und Jugenddebatte förderte nicht nur die unterschiedlichsten Wünsche und auch Monika zutage, sondern zeigte noch, daß von den Behörden selbst Veranstaltungen rein wissenschaftlicher oder künstlerischer Art aufs Korn genommen werden. Daß in der Zeit des Pfadfindersunfugs, der hochpatriotischen wie der konfessionalen Jugendbewegung die Sozialdemokratie sich nicht zurückdrängen lassen will, ist zu verstehen. Man braucht trotzdem nicht mit allem einverstanden zu sein, was auf diesem Gebiete geschieht. Zu Splitterrichtern eignen sich die Verteidiger der andern „Jugendrichtungen“ übrigens schlecht genug.

Der „Fall Radek“ hat nun seine Erledigung gefunden, indem man diesem wenig anziehenden Genossen seinen Platz außerhalb der sozialdemokratischen Partei anwies. Die Bremer, die diesem Manne trotz allem Vorgefallenen die Stange hielten,

werden sich mit dieser Tassache abzufinden haben. Es ist wahr, mit einem simplen Arbeiter waren weniger Umstände gemacht worden als mit diesem überradikalen Literaten.

Die vier großen Punkte: Massenstreik, Arbeitslosenfürsorge (bei der sich volle Einmütigkeit ergab), Steuerfrage und Maifeier, werden noch einer speziellen Betrachtung unterzogen werden.

Der sozialdemokratische Parteitag, der diesmal für die Gewerkschaften weniger als sonst eine Quantität négligeable war — ein Fremdwörterfeldzug mißglückte ja in Jena! —, hat in unserm Leserkreise gewiß aufmerksame Verfolgung erfahren. Wir können uns daher mehr auf eine Konturenzeichnung beschränken. Da sie nicht früher zu bringen war, sinkemalen der „Korr.“ den Aktualitäten unsrer gewerblichen Zeit kaum nachzukommen vermag, so dürfte es erwünscht sein, wenn wir von den am Schluß der vergangenen Woche verlaufbarsten recht beachtenswerten Stimmen in der Gewerkschaftspresse unsern Lesern zunächst Kenntnis vermitteln.

In der Gewerkschaftspresse hat, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, Jena 1913 befriedigende Aufnahme gefunden, die sich zumeist bekundet über das Auftreten der Redner von Gewerkschaftseite: Bauer, Silberstein, Winnig, Schumann und Kulemann, die nicht am wenigsten dazu beigetragen haben, daß dem überhäufenden Radikalismus, der sich (bei Luxemburg und Stadthagen im besondern) bereits zu geringfügigen Auslassungen über die gewerkschaftlichen Organisationen und speziell ihre Führer erging, wie sogar zu einem Hymnus auf die große Schar der Anorganisierten verstieg, in ganz deutlicher Weise der Standpunkt klar gemacht wurde.

In einem mehrteiligen gleichen Artikel verschiedener Gewerkschaftsblätter („Deutsche Böttcherzeitung“ usw.) heißt es, die ganze Geschichte mit dem Massenstreik sei ausgegangen wie das Kornberger Schießen; „es ist viel geredet und auch viel leeres Stroh gedroht worden“. Der bis jetzt erschienene erste Artikel gibt nur die Reden von Scheidemann und Rosa Luxemburg gedrängt wieder. Der letztere wird allein ein Zusatz angehängt. Die Luxemburgischen Ausführungen hätten nicht einen neuen Gedanken enthalten. Der Inhalt dieser Rede sei bezüglich unbedeutend, das müsse jeder unparteiische Mensch ohne weiteres zugeben.

Der „Steinarbeiter“ nennt Philipp Scheidemann den besten Rhetoriker der Partei. Das Urteil lautet zusammenfassend:

Es muß mit Unterstreichungen besont werden, daß in Jena äußerst sachlich verhandelt wurde. Kein Mißton störte die Verhandlungen. Auch den Gewerkschaften ist man gerecht geworden, das zeigen am besten die Ausführungen Scheidemanns. Die Tagung wird deshalb von so weitgehender Bedeutung sein, weil mit so großem Nachdruck die Einführung der Reichsarbeitslosenunterstützung gefordert wurde.

Aber die Senaer Massenstreikdebatte sagt der „Steinarbeiter“ im besondern:

Was Scheidemann sagte, unterschreiben wir Wort für Wort. Und es ist gut, daß er mit so offenem Mißton operierte. Daß mit diesen Ausführungen die radikale Gruppe des Parteitags unter Führung der Genossin Dr. Luxemburg nicht einverstanden war, ist geradezu selbstverständlich. Diese Genossin hat noch immer an der Partei und ihren Einrichtungen etwas auszusetzen gehabt. Es vergeht wohl kaum ein Parteitag, auf dem sie nicht ihren ultraradikalen Standpunkt vertritt. Dann kommt hinzu, daß sie einen „Schulmeister“ beliebt, der erstlichseherweise sonst in der Partei nicht üblich ist.

Wir finden es völlig begreiflich, wenn sich gerade Scheidemann mit Nachdruck und unter stürmischen Beifall der Delegierten gegen die Schweißerei der Genossen Dr. Luxemburg wandte. Zum Massenstreik sprachen von den bekannten Gewerkschaftlern auch die Genossen Bauer, Silbermann, Hufemann und Winnig. Ersterer fungiert als zweiter Vorsitzender der General-Kommision; seine Auslassungen gewinnen deshalb besonders an Wert. Bauer geht mit den Darlegungen Scheidemanns vollständig konform. Die Gewerkschaftsvertreter fanden in Sena große Zustimmung.

Die „Ledearbeiterzeitung“ zitieren wir mit folgenden Auslassungen über den Massenstreik:

Es ist nicht gern gesehen worden, daß sich die Gewerkschaftsführer als auch die Gewerkschaftspressen zu diesen Diskussionen passiv verhielten. Da es sich jedoch um eine ausschließlich politische Frage dabei handelte und eine unmittelbare Gefährdung der gewerkschaftlichen Organisationen nicht zu befürchten war, erschien ein Eingreifen in diese fruchtbare Diskussion nicht unbedingt erforderlich; die Gewerkschaften saßen vielmehr gut daran, sich von einer Diskussion fernzuhalten, über deren Gegenstand man in der Partei selbst sehr gefeilter Meinung ist.

Wir sind absichtlich auf die für und gegen den politischen Massenstreik vor und auf dem sozialdemokratischen Parteitag erörterten Gesichtspunkte nicht näher eingegangen. Mit diesem Probleme steht es in der Gegenwart so, daß seine theoretische Diskussion weder angebracht noch notwendig, die praktische Anwendung aber unmöglich ist.

Auch die „Holzarbeiterzeitung“ legt das Hauptgewicht auf diese Frage, indem sie schreibt:

Der Massenstreik ist empfohlen worden als ein Mittel zur Eroberung des Wahlrechts in Preußen. Aber nicht allgemein; Rosa Luxemburg, die wohl die lebhafteste Propaganda für den Massenstreik entfaltet hat, hat es in ihrer bekannten Berliner Versammlung sogar direkt abgelehnt, besonders Kraftanstrengungen zur Verstärkung des parlamentarischen Einflusses der Arbeiterklasse zu empfehlen, zumal ihrer Meinung nach durch den Parlamentarismus nichts zu erreichen ist. Ihr Massenstreik hat eine große Ähnlichkeit mit dem von den Syndikalistischen gepredigten Allheilmittel.

Die ganze Massenstreikdebatte war ein sehr überflüssiger Luxus, und es war gut, daß dies auf dem Parteitage mit aller Deutlichkeit ausgesprochen wurde.

Die Auseinandersetzungen in der Steuerfrage nennt das Organ der Holzarbeiter unerfreulich, weil eine Reihe von Abgeordneten zu den lebhaftesten Kritikern der Fraktion gehörte. Die Mäißeberichte hätte nicht erhebend gewirkt:

Die Beschäftigung über die Arbeitsruhe am 1. Mai haben die Partei- und die Gewerkschaften schon viele Male annehmlichkeiten im Gefolge gehabt, und es wäre zu wünschen, daß durch den entscheidenden Beschluß eines internationalen Kongresses dieser Zankapfel für die Arbeiterbewegung beseitigt würde. Das wäre möglich, ohne den erhabenen Gedanken, der der Mäißeier an sich zugrunde liegt, irgendwie zu beeinträchtigen.

Der „Töpfer“ geißelt die bei den Ultras aufgetretene Geringschätzung der Organisation also:

Auch müssen wir uns wenden gegen die geringschätzigste Auffassung einzelner auf dem Parteitag über den Wert der Organisation. Eine sonst geschätzte Rednerin sprach sogar von einem „Blatt Papier“, eine andre von dem „Mitgliedsbüchlein“, das „nur“ die Unorganisierten trenne.

Von der Mindereinschätzung des Wertes der Organisation bis zum wilden syndikalistischen Putschismus und zur planlosen Revolutionsromantik bedarf es nur noch weniger Schritte; ganz abgesehen davon, daß es als übles Beispiel wirken kann, wenn die so dringend notwendige Organisation als etwas mehr Nebenständliches hingestellt wird.

Wir bestreiten auch, daß die deutsche Arbeiterschaft schon jetzt reif sei zu einer erfolgreichen Durchführung des Massenstreiks. Die gewerkschaftlichen Redner, die auf dem Parteitag in dieser Frage zum Worte kamen, mußten schildern, wieviel noch fehlt an der Aufklärung der Massen, an der lückelosen Organisation. Besonders beachtenswert waren die Auslassungen des Bergarbeiters Hufemann. Er hält eine der wichtigsten und notwendigsten Gruppen bei der Durchführung des Massenstreiks, die Bergarbeiter, für nicht genügend organisiert, geschult und gefestigt. Und er hat recht: Wenn es schon materieller Vorteile halber nicht möglich war, im letzten Kampf im Ruhrgebiete für die Arbeiter Erfolge zu erringen und dieser Kampf an der Unmöglichkeit der Bergknappen scheiterte, um wieviel mehr würde es der Fall sein, wenn es sich um die Erbringung mehr ideeller Vorteile, etwa die Beseitigung der preussischen Dreiklassenwahlrecht, handelte! Die diesmalige Massenstreikdebatte brachte zum Ausdruck, den Massenstreik zur Beseitigung der preussischen Dreiklassenwahlrecht, der preussischen Zunkerherrschaft, in Erwägung zu ziehen und eventuell durchzuführen. Würden die Sunter bei einem Massenstreik auch nur entfernt geschädigt? Würden deren Mäde, Arbeiter und Ansehe, fast noch ausschließlich Opfer unserer miserablen Verhältnisse und Opfer der Streikblattpresse, sich auch in erwünschtemer Anzahl einem solchen Massenstreik anschließen? Das ist ausgeschlossen. Der Massenstreik richtete sich also in der Hauptsache gegen die Liberalen, deren linker Flügel Anhänger des gleichen Wahlrechts für Preußen ist. . . .

Diese Argumentierungen des „Töpfers“ über die Anwendbarkeit des Massenstreiks zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen sind gewiß als stichhaltige zu bezeichnen.

Aus dem „Korrespondenzblatt“ der Tapezierer geben wir die Abwehr gegen die Geringschätzung der organisatorischen Voraussetzungen wieder:

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus sprachen Bauer, Schumann und Silbermann. Aus den vorstrefflichen Ausführungen dieser Redner kann mancher lernen, daß es verhältnismäßig leichter ist, die Massen auf das „Allheilmittel“, den Massenstreik, hinzuweisen, als zur intensiven Kleinarbeit anzuspornen. Tatsächlich kann durch solche Redensarten, wie sie über die unorganisierten Massen gebraucht wurden, der Ansehenerwartet werden, als wenn der Ausbau unserer gewerkschaftlichen Organisationen gar nicht so außerordentlich wichtig sei! Dadurch kann aber nur noch größere Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit in unsre Reihen getragen werden. Wir haben doch wahrhaftig jetzt schon schwer genug dagegen anzukämpfen.

Der „Proletarier“ faßt sich infolge vorausgegangener Artikel über den Massenstreik kurz und erklärt: Es ist für uns deshalb doppelt erfreulich, mitteilen zu können, daß die übergroße Mehrheit des Parteitages sich der von uns vertretenen Auffassung angeschlossen und den Massenstreiksreife eine deutliche Abklage erteilt hat. Die Mäißeier biete diesem Blatte noch zu folgender bemerkenswerter, von uns unterstrichener Auslassung Gelegenheit:

Im nächsten Jahre wird der 1. Mai zum 25. Male gefeiert, und man kann selbst bei wohlwollender Beurteilung der Dinge und bei kritischster Einschätzung aller Mäißeberichte nicht sagen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai mit der Ausbreitung der Arbeiterbewegung auch nur halbwegs Schritt gehalten hätte. Da wäre es vielleicht ein Gebot der Klugheit gewesen, wenn der Parteitag dem internationalen Kongresse, der im nächsten Jahre stattfindet, einen Antrag auf Aufhebung der Mäißeier in ihrer heutigen Form unterbreitet hätte.

Die „Sattler- und Portefeullerzeitung“ läßt sich in ziemlich scharfer über die Doktorfrage des Massenstreiks aus, wobei sie recht gute Momente verwendet. Sie schreibt u. a.:

Auf der Höhe stand der Parteitag in der Behandlung der Frage des politischen Massenstreiks. Der Parteivorstand hat sich auf jeden Fall ein Verdienst erworben, daß er dem Drängen, diese Materie in Sena zu besprechen, nachgegeben hat. Abgesehen davon, daß auch in der nächsten Zukunft sich genügende Gründe finden werden, die trotz der Erklärung des Parteitages sich kein Gewissen daraus machen werden, weiten Kreisen der Arbeiter den Kopf zu verdecken, so dürfte doch die jetzt erfolgte Entscheidung eine gewisse Klärung gebracht haben.

Wir unterstreichen die Ausführungen eines Redners nochmals an dieser Stelle, daß man noch vor wenigen Jahren denjenigen herunterholte, der die Beseitigung an den preussischen Landtagswahlen empfahl, und heute kann es nicht schnell genug gehen, und möchte man im preussischen Militärstaate die Arbeiter in ihrer ganzen Erstarrung dabei aufs Spiel setzen, obgleich gerade diese unzufriedene Gruppe den Parlamentarismus als minderwertig bezeichnet hat.

Was uns aber an wertvollsten an der Debatte über den Massenstreik erscheint, und was auch in der Entscheidung des Parteitages recht deutlich zum Ausdruck kommt, ist der Sieg des Organisationsgedankens. In der Vordebatte über diese Frage gab es Leute, die da glaubten, daß die Nichtorganisierten, die politisch und gewerkschaftlich indifferenten, schließlich den Massenstreik machen werden, und daß allenfalls den Organisationen die Führung verbleibe. Schlechtere Menschenkennner hat es kaum gegeben als die Genossen und Genossinnen, die ihre Hoffnung auf diesen Teil des Volkes setzen.

Aber die Mäißeier schreiben dieses Gewerkschaftsorgan noch:

Je länger dieser Punkt die Parteitage ziert, um so weniger wird darüber geredet werden können. Man hat an der Mäißeier schon so viel herumgedoktert, und ist die Geldfrage die schlechteste Medizin gewesen, die man zur Aufrechterhaltung dieser Feste gebraucht hat.

Die „Grasbüsche Presse“ ist dieser Ansicht:

Zweifellos bedeutet sowohl die Abstimmung über die Steuerfrage als auch die über den Massenstreik und über verschiedene untergeordnete Punkte eine glatte Niederlage des hyperradikalen Flügels der Partei. Das ist freilich nicht, wie manche bürgerliche Blätter meinen, gleichbedeutend mit einem Siege der sogenannten Revolutionen in der Partei, sondern es ist darauf zurückzuführen, daß sich in der Sozialdemokratie insgesamt und auch auf den sozialdemokratischen Parteitag eine starke Mittelschicht Geltung verschafft hat, die über allen Richtungsstreit hinweg vor allen Dingen eine gesunde Arbeiterpolitik zu treiben bemüht ist.

Die sozialdemokratische Presse hat über die dritte Senaer Parlamentstagung ein je nach dem befondern Standpunkt im einzelnen variiertes Urteil gefällt, im allgemeinen wurde ihr aber doch eine

zum mindesten befriedigende Note erteilt. Am wenigsten scheint mit dem Ergebnisse die „Schwäbische Tagewacht“ zufrieden zu sein. Das Stuttgarter Blatt meint:

Der Parteitag hat erneut gedämpft, anstatt zu entflammen. Da liegt es an den Massen, nicht unter gedämpftem Trommelklang abzutreten, sondern in der Front zu bleiben und die Führer vorwärts zu drängen. Konsequenz ist zwar eine Tugend, aber sie kann auch deplaciert sein, nämlich dann, wenn man sich gegen die bessere Überzeugung aufzuheben sperrt.

Die „Leipziger Volkszeitung“ ist nicht mit allem einverstanden, was in Sena gefas und beschlossen wurde, aber sie nennt den Parteitag von 1913 doch einen der besten. Von Scheidemann hat sie die Ansicht, er hätte nicht ganz dem Versuche widerstanden, die Massenstreikdebatte auf das persönliche Gebiet hinüberzuspielen. Daß die „L. V.“ diese Entdeckung nicht bei Rosa Luxemburg gemacht hat, ist verwunderlich, denn die Hauptpropagandistin des Massenstreiks hat in Sena, mehr aber noch vorher — und das gerade in der „L. V.“ — recht unsachlich für ihre alte Liebe gekämpft. Mit der Bauerschen Rede ist das Leipziger Parteiorgan ganz und gar nicht zufrieden. Einer ihrer Redakteure wurde als Berichterstatter in einer Leipziger Versammlung in der Abneigung gegen die vom gewerkschaftlichen Standpunkte diktierten Ausführungen Bauers noch deutlicher:

Bauer sagte über die Diskussion zum Massenstreik: „Laßt Schwächen!“ Wenn man die Diskussionen mit derartiger Muffigkeit beurteilt, so ist das nur ein Beweis für die Antipathie, mit der man diesem von der Partei anerkannten Kampfmittel gegenübersteht.

Wir sind der Ansicht, es war sehr wohlgefa von den Gewerkschaften resp. ihrer Presse, daß sie sich nicht auch noch in die (namentlich im Suhi) hochgehenden Wogen der Massenstreikdebatte gestürzt haben. Wenn sogar ein so stammer Anhänger der Ultima ratio wie Karl Liebknecht in Sena ausbrach, daß diese Diskussion zu einer recht unglücklichen Zeit kam, dann lag für die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter noch weniger Anlaß vor, sich an dieser überflüssigen Debatte zu beteiligen. Die Gewerkschaften haben in der Tat mit andern Problemen gerade genug zu kämpfen. Ihre Reserve war also durchaus gerechtfertigt, wie andererseits das entschiedene Auftreten der gewerkschaftlichen Vertreter in Sena gegen den Wortradikalismus seine volle Berechtigung hatte. Dort war der Moment zum Reden gekommen, und daß er so gut von ihnen ausgenutzt wurde, darüber wird in Gewerkschaftskreisen nur Anerkennung herrschen.

Die deutschen Gewerkschaften

III.
Sieht man weiter noch in Betracht, wie das Organisationsverhältnis der Arbeiter in den einzelnen Industrie- und Gewerbegruppen beschaffen ist — die General-Kommision stellte darüber letztmalig in ihrer Jahresstatistik für 1911 nachdenkliche Berechnungen auf —, so ergeben sich für die gewerkschaftliche Taktik Schlussfolgerungen, die etwas ganz andres belegen, als was unlängst in einer politischen Verammlung des Kreises Niederrhein als Rezept zu festsicheren Erfolgen Empfehlung fand. Es war das Organ der Textilarbeiter, das gegen diesen Anflug und dieses unbesugte Einmischen in gewerkschaftliche Angelegenheiten — Werkarbeiterstreik — am entschiedensten protestierte. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Sena hat es wohl Scheidemann beifällig (gegen Rosa Luxemburg) verurteilt, daß gar schon die Nichtorganisierten als Wunderknaben hingestellt werden, und jedenfalls hat er Stadthagen gemeint, als er sich gegen das Ausspielen der Masse gegen die Führer sowie gegen Auslassungen wandte, die eine Lockerung der gewerkschaftlichen Disziplin herbeiführen müßten, aber deutlicher ist er nicht geworden, und auch sonst haben wir nicht gesehen, daß speziell Stadthagen der Standpunkt wegen seines Verhaltens in der gedachten Verammlung klargemacht worden wäre. Es kann darum nichts schaden, wenn wir die scharfe Meinung des „Textilarbeiters“ darüber zur Kenntnis bringen, nachdem die eigne in der Gewerkschaftsrevue (Nr. 95) bereits gesagt worden ist. Das genannte Gewerkschaftsblatt schreibt also:

Die Ausführungen Stadthagens zeugen von einer ungläublichen Verneinung der Verhältnisse auf dem gewerkschaftlichen Kampfplatz. Am so mehr müßten dann aber die Gewerkschaften verlangen, daß sich Leute, deren Tätigkeit auf einem Gebiete liegt, von wo aus sie keine Führung mit der Wirklichkeit haben, nicht in Dinge hineinmischen, die ihnen fremd sind.
Aber es ist eben augenblicklich wieder einmal Mode geworden, auf die Gewerkschaftsbeamten loszugehen; und damit dies recht erfolgreich geschieht, ist solche durch keinerlei Sachkenntnis getriebene Aufschüchtlung der Massen,

welche die Einzelnen auch nicht kennen, ein ganz probates Mittel. Es ist aber auch ein freisprechtliches Spiel mit der ganzen Arbeiterbewegung; nicht zuletzt mit ihrem politischen Ziele. Da diskutiert man politische Probleme und Kampfmittel, bei denen der letzte Mann mit eiserner Disziplin aufgeben werden soll, und in demselben Atemzuge zerfällt man die Disziplin und vernichtet das Vertrauen der Masse in die Führer, die zur Handhabung des jeht am meisten propagierten Kampfmittels unerlässlich sind. Wie lange wird sich denn die Parteilipresse noch freisprechtliches Spiel gefallen lassen?

Wir unsererseits erheben namens der Gewerkschaftsbewegung gegen die Tendenz der Resolution der Niederrheinischen Kreisgeneralversammlung entschiedensten Protest. In der gegenwärtigen Zeit der niedergehenden Konjunktur werden an die Leistungen der Gewerkschaften so vielfältige und hohe Anforderungen gestellt, daß außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehende Personen nicht noch dazu befragen sollten, durch ihre Unkenntnis die Schwierigkeiten zu erhöhen. Wir erwarten von der gesamten Arbeiterpresse, daß sie der in der Niederrheinischen Resolution zum Ausdruck gebrachten Tendenz entschieden entgegenzutreten werde. Ebenso erwarten wir aber auch, daß sie der Haß gegen die Gewerkschaftsbeamten entgegentritt; andernfalls werden diese Mannes genug sein, dem Lieblingsunfuge gewisser Leute ein ganz gefahrloses Paroli zu bieten.

Es ist wohl zu erwarten, daß nach der Beurteilung, die dieser Lieblingssunfug in der Gewerkschafts- und zum Teil auch in der sozialdemokratischen Presse gefunden, wie auch nach dem Ergebnisse des Jenaer Parteitages im allgemeinen, es mit den Niederrheinern nur ein Ende hat.

Wir befinden uns jetzt bekanntlich wieder einmal in einem Konjunkturrückgange. Den anfänglich sehr pessimistischen Ausichten ist neuerlich eine ruhigere Auffassung gefolgt. Ob sie berechtigt ist, kann schwer entschieden werden. Jedenfalls macht es einen Unterschied, ob eine Rundfrage bei den Banken den schlimmsten Ausichten einiges oder mehr nimmt, oder ob man an der Zahl der Arbeitslosen sich kein Urteil bildet. Man kann wohl sagen, daß von beiden Gesichtspunkten aus nicht das Richtige getroffen wird. Für die Gelbhäuter, d. h. die Banken, kommen Fragen der großen Politik ganz wesentlich in Betracht. Da mag der einflussreiche Abschluß der Kriegsräuber in dem Balkan Beruhigung gebracht haben. Für die Arbeiterklasse ist aber nach wie vor der Stand der Arbeitslosigkeit das Barometer, und dieses zeigt nichts Gutes an. Allerdings darf hier die Rückwirkung des allenthalben lebhaften maschinellen Entwicklungsprozesses nicht außer Berücksichtigung bleiben, auch nicht die unausbleibliche Folge des starken Imports ausländischer Arbeiter, wie er gerade von denen am meisten betrieben wird, die sonst für den Schutz der nationalen Arbeit immer große Worte finden. Auch eines andern, wenn auch nicht so gewichtigen Momentes, ist zu gedenken: der unermühten großen Konzentration von Arbeitskräften in den industriellen Sammelpunkten, wie sie dem Drange nach der Großstadt der Arbeiter selbst entspringt.

Man sollte also die Dinge stets nicht allzu direkt sehen. Es kommt mehr in Frage, als ein rasches Urteil zu erkennen vermag. Wenn nun am Jahreschlusse 1912 die Zunahme nur bei den freien Gewerkschaften sich von 209.404 im Jahresdurchschnitt auf 159.763 vermindert hatte, so haben wir bei der vorderhand sicherlich noch weiser rückschlüssigen Bewegung der Konjunktur alles zu tun, was einen größeren Rückgang der Mitgliederzahlen aufzuhalten vermag und haben auch alles zu unterlassen, was ihn zu fördern geeignet wäre. Es war im Jahre 1908 ein Verlust an Mitgliedern von 33.775 im allgemeinen zu verzeichnen. Nachdem in der Zwischenzeit die Unterstützungseinrichtungen immer weiter ausgebaut worden sind und die Arbeitgeberverbände durch ihre zunehmende Geschlossenheit eindringlicher denn je die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu erkennen geben, sollten wir während der diesmaligen Krisis wenigstens die Genugtuung erleben, daß ein nennenswerter Rückgang der Gewerkschaften vermieden werden konnte. Wir haben im zweiten Artikel erwähnt, es bestände eine gewisse Gesetzmäßigkeit in der Zusammenwirkung von wirtschaftlicher Konjunktur und äußerer Entwicklung der Gewerkschaften, meinen aber, diese sollte man nur ganz bedingt gelten lassen. Daher sagen wir auch, es könnte kein besserer Beweis für die Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung geliefert werden, als wenn sie die gegenwärtige Prüfungszeit eines wirtschaftlichen Niederganges mit möglichstster Inaktivität ihrer Mitgliederreihen bestehen könnte.

Wie nun das Jahr 1912 abgelaufen hat, so sollten einige Beobachtungen wenn auch nicht zu Bedenken, so doch zum Nachdenken anregen. Das polygraphische Gewerbe steht mit einem Organisationsverhältnisse von rund 72 Proz. am günstigsten in der Gewerkschaftsbewegung da. Wir sehen aber, daß sich bei zwei nicht unwesentlichen Organisationen, der der Lithographen und Steindruckere wie der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, der im Jahresdurchschnitt sich schon ergebende Mitgliedererückgang zu Ende 1912 noch vergrößert hat; so beim Hilfsarbeiterverband auf 1379, beim Senefelderband auf 473. Die Buchbinder haben mit einer Zunahme von 2673 den besten Abschluß, dann folgt unsere Organisation mit 2480. Bedenkt man, daß wir mit unserm Ergänzungsgeschäfte nur noch auf die Auslernenden angewiesen sind und für den Gutenbergsbund von allen Seiten mit dem feuerfesten künstlichen Dünger gefordert wird, so ist gewiß der Anlaß zur Befriedigung nicht gering. Da das christliche Zentralverbände für das graphische Gewerbe ja auch Lithographen, Steindruckere, Buchbinder und vor allem Hilfsarbeiter aufnimmt, seine Zunahme im Jahresdurchschnitt jedoch nur 369 beträgt, so können die drei Organisationen

der Lithographen und Steindruckere wie der Hilfsarbeiter abgesehen 1852 Mitglieder als fast sämtlich der Organisation verloren angehen werden. Also hätte auch ein gutes Unterstützungswesen sich nicht immer als der Kitt bewährt, von dem man manchmal wohl zu viel Ruhmens macht.

Von größerer Bedeutung sind die bei den Bergarbeitern sich zeigenden Abnahmen im Mitgliederbestande. Die christliche Organisation verlor im Jahresdurchschnitt 6600 Mitglieder, Kenner der Verhältnisse schätzen den Rückgang aber erheblich höher. Der „alte Verband“ hatte indes den verunglückten bzw. durch die Christlichen verratenen Streik im Ruhreviere ebenfalls mit einem Mitgliederverluste zu bezahlen, der im Jahresdurchschnitt 3100 betrug, sich am Jahreschlusse aber auf 6074 stellte. Man wird den weiteren Rückgang bei den christlichen Bergarbeitern entsprechend höher annehmen können, so daß dort etwa 15000 Mitglieder verloren gegangen sein werden. Wenn eine verheerliche resp. verführliche Aktion unter den Arbeitern eines Industriezweiges derartige nachwirkende Folgen für die beteiligten Gewerkschaften haben kann, so hat man darin nur wieder eine Bestätigung, wie schwer es fällt, in Gewerben mit verschiedenen Organisationsrichtungen der Arbeiter erfolgreichere Vorstöße zu unternehmen. Je größer auf Arbeiterseite die Zerplitterung, desto fester der Zusammenschluß der Unternehmer. Im Bergbau zählt der „alte Verband“ 117.875, die christliche Organisation 76.988, der Stroh- und Scherere Gewerkschaften der Bergleute 3156 (Abnahme 789) Mitglieder, zusammen 198.019. Auf Unternehmerseite sehen wir dagegen 274 organisierte Betriebe, die überwiegend größeren oder großen Umfanges sind, denn sie beschäftigen 469.982 Arbeiter. Diese Zahl wird jedoch hinter der Wirklichkeit nicht unbedeutlich zurückbleiben. Der Unterschied zwischen dem Organisationsverhältnisse der Arbeiter und der Unternehmer wird somit noch größer, als er ohnehin schon ist. Die notwendigen Rückschlüsse ergeben sich hier also ohne weiteres.

Die gelben Gewerkschaften dürfen nicht nur mit ihrem gemeingefährlichen Treiben nicht aus den Augen gelassen werden, sondern man muß auch ihre Entwicklung aufmerksam verfolgen. Sie sind nicht so bedeutungslos, wie sie oftmals hingestellt werden. In der Metallindustrie, wo sie hauptsächlich anzutreffen sind, haben sie durch ihr Dominieren in vielen größeren Betrieben schon zusehend gewirkt. Die „Wirtschaftsfriedlichen“ haben von 1910 auf 1911 eine Zunahme um 41.136 Mitglieder aufzuweisen gehabt. Die Gelbhäuter können also in bestimmten Fällen einen löhrenden Einfluß auf den gewerkschaftlichen Kampf ausüben, der keineswegs bedeutungslos ist. Dazu kommt, daß die christlichen Organisationen die Geschäfte der Gelben in erheblichem Maße besorgen. Die gewerkschaftliche Taktik sieht sich dadurch vor weitere Schwierigkeiten gestellt, was wiederum bedingt, daß sie nicht auch noch durchkreuzt wird durch Putsche nach Art der Werftarbeiter, die sich (von Hamburg aus) durch eine Zuschrift an den Parteitags in Jena noch ziemlich maßig gemacht haben, zum Zwecke der Desaktivierung des zweiten Vorsitzenden der General同盟inistion, was ihnen allerdings vorbeigelaug. Der Niederrheinischer Altront gegen den Beschluß der Metallarbeitergeneralversammlung in Sachen des Werftarbeiterstreiks wird in seiner Schädlichkeit dadurch noch mehr illustriert.

Was den Gewerkschaften alles zugedacht ist, geht nicht nur aus den sich ständig wiederholenden Forderungen nach größerem Arbeitswillensschutz hervor (Handwerks- und Gewerbetammerung, Handelsstag, Generalversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller usw.), sondern auch durch die in Leipzig vor einiger Zeit geschlossene Waffenbrüderchaft, die sogenannte Arbeitsgemeinschaft zwischen den Organisationen der Großararier, der Großindustriellen und der Mittelständler, ist dargetan, daß man gegen die Arbeiterklasse manches im Schilde führt, was eine kräftige Abwehr von unserer Seite herausfordert.

Sierzu in besser Weise gerüstet zu sein, ist eine wertvollere Aufgabe, als der Arbeiterklasse eine falsche Meinung über ihre Kräfteverhältnisse zu suggerieren. Das ist in den Wochen vor Jena aber in einer Weise geschehen, daß Richard Fischer am 26. August in einer Verammlung des zweiten Berliner Wahlkreises von einer starken Gewissenhaftigkeit hierbei sprach. Gustav Bauer hat in Jena wirksam geschribet, was die Gewerkschaften alles zu beobachten und was sie als mißsam Erzeugenes zu schätzen und zu verteidigen haben. Mit Recht erklärte er, daß die Gewerkschaften wilde Kämpfe ablehnen und ebenso berechtigt wies er die hindlichlichen Meinungen ab, die sich gerade bei einigen von den Wortführern zeigen, denen die Masse alles ist. Diese Masse noch besser zu schulen, ist eine dringlichere Aufgabe und die Masse der Arbeiter erst einmal der Organisation zuzuführen jedenfalls der größten eine. Wir pflichten angeichts der wirklichen Notwendigkeiten deshalb auch vollständig dem Redner auf dem schweizerischen Gewerkschaftskongresse bei, der sehr richtig sagte: Nicht Massenfreikagitation, sondern Massenorganisation!

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Prozessfähigkeit der Minderjährigen.

Mit Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung ist die Prozessfähigkeit der Minderjährigen erweitert worden. Nach dem § 52 der Zivilprozessordnung ist eine Person insoweit prozessfähig, als sie sich durch Verträge verpflichten kann. Da der Minderjährige mit Ermächtigung des gesetzlichen Vertreters auch einen Arbeitsvertrag abschließen kann, so spielt die Prozessfähigkeit des Minderjährigen ebenfalls beim gewerblichen Recht eine Rolle.

Ermächtigt nämlich nach § 113 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der gesetzliche Vertreter den Minderjährigen, in Dienst oder Arbeit zu treten, so ist der Minderjährige für solche Rechtsgeschäfte unbeschränkt geschäftsfähig, welche die Eingehung oder Aufhebung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses der gestatteten Art oder die Erfüllung der sich aus einem solchen Verhältnisse ergebenden Verpflichtungen betreffen. Ausgenommen sind Verträge, zu denen der Vertreter der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts bedarf. Die Ermächtigung kann von dem Vertreter zurückgenommen oder eingekränkt werden. Ist der gesetzliche Vertreter ein Vormund, so kann die Ermächtigung, wenn sie von ihm verweigert wird, auf Antrag des Minderjährigen durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden. Das Vormundschaftsgericht hat die Ermächtigung zu ersehen, wenn sie im Interesse des Mündels liegt. Die für den einzelnen Fall erteilte Ermächtigung gilt im Zweifel als allgemeine Ermächtigung zur Eingehung von Verhältnissen derselben Art.

Diese Bestimmungen sind auf das Lehrverhältnis nicht anwendbar, denn der Lehrvertrag bezweckt nicht die „Leistung von Arbeit oder Diensten“, sondern die Erlernung des Handwerks bzw. Gewerbes auf der einen und die Ausbildung des Lehrlings auf der andern Seite. Dann aber ist nach § 126 b der Gewerbeordnung der Lehrvertrag von dem Lehrherrn, dem Lehrling und dem gesetzlichen Vertreter des Lehrlings mit zu unterschreiben.

Was nun die Ermächtigung zum Abschluß von Arbeitsverträgen weiter anbetrifft, so kann dieselbe entweder für einen bestimmten Dienst oder aber auch allgemein für jeden Dienst erfolgen. Hat der Vater z. B. seinem Sohn erlaubt, Buchdrucker zu werden, so kann derselbe als Minderjähriger nur Arbeitsverträge abschließen, welche das Buchdruckergewerbe betreffen. In diesem Falle liegt die Ermächtigung zum Abschluß von Arbeitsverträgen nur für einen bestimmten Dienst — als Buchdrucker — vor. Bei Arbeitsverträgen ist der Minderjährige dann berechtigt, ohne Zuziehung eines Beistandes selbständig vor Gericht Klage zu erheben und zu verhandeln. Nach § 90 der Zivilprozessordnung hat der Minderjährige auch das Recht, mit jeder prozessfähigen Person als Beistand vor Gericht zu erscheinen. Natürlich kann das Gericht Bevollmächtigte und Beistände, welche das mündliche Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, zurildewiesen. Bedauerlicherweise sehen mehrere Gerichte das Auftreten von Arbeitersekretären und Gewerkschaftsangehörigen vor Gericht als ein geschäftsmäßiges an.

Nach § 1663 der Reichsversicherungsordnung kann das Vericherungsamt Bevollmächtigte und Beistände, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben, ebenfalls zurildewiesen. Dies gilt — wie nach der Zivilprozessordnung — nicht für Rechtsanwälte und solche Personen, welchen das Verhandeln vor Gericht gestattet ist; ebenfalls nicht für solche Personen, welche zur geschäftsmäßigen Rechtsvertretung vor den Versicherungsämtern und Oberversicherungsämtern zugelassen sind. Da die Arbeitersekretäre wohl überall den Antrag auf Zulassung gestellt haben oder noch stellen werden, so können sich die Minderjährigen bezüglich der Vertretung usw. in vorkommenden Fällen an diese wenden. Was die Zulassung der Vertreter — Arbeitersekretäre usw. — anbetrifft, so darf dieselbe nur verlangt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt; sie darf nicht verlangt werden aus Gründen, die sich auf die religiöse oder politische Betätigung des Antragstellers stützen.

Für die Prozessfähigkeit der Minderjährigen nach der Reichsversicherungsordnung ist nun zunächst der § 1650 in Verbindung mit dem § 1636 zu erwähen. Nach dem § 1636 entscheidet bei Streit über die Leistungen aus der Krankenversicherung das Vericherungsamt in erster Instanz, und nach dem § 1650 können Minderjährige, die das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben, selbständig ihre Streitfachen verfolgen und Berufung bzw. Revision gegen Vorentscheidungen bis zur höchsten Instanz einreichen. Nach der Begründung des Entwurfs der Reichsversicherungsordnung wollte man die Rechtsverfolgung für die Minderjährigen erleichtern. Daneben sind aber auch ihre gesetzlichen Vertreter nach wie vor beauf, für sie das Verfahren zu betreiben.

Bei der Unfallversicherung können Minderjährige nach § 1591 der Reichsversicherungsordnung gegen den ersten Beistand selbständig Einspruch erheben und beantragen, daß sie als „Berechtigter“ persönlich gehört und vorgeladen werden. Berufung gegen Endbescheide an das Obervericherungsamt können die Minderjährigen hier jedoch nicht einlegen, ebensowenig Rekurs beim Kreis- bzw. Landesversicherungsamt.

Dasselbe gilt auch bezüglich der Berufung und Revision auf dem Gebiete der Invalidenversicherung.

Wir ersehen also hieraus, daß den Minderjährigen vom sechzehnten Lebensjahr ab das meiste Recht bei der Krankenversicherung eingeräumt worden ist. Der braunschweigische Verwaltungsgerichtshof hat jedoch voriges Jahr den Grundlag aufgestellt, daß die Prozessfähigkeit Minderjähriger in Krankenversicherungssachen keine Anwendung auf minderjährige Lehrlinge fände. Dieser Grundlag dürfte aber nach der klaren Bestimmung des § 1650 der Reichsversicherungsordnung vom 1. Januar 1914 ab nicht mehr aufrechtzuerhalten sein.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß zur Gewährung der Krankenhaupflege bei einem Minderjährigen dessen Zustimmung genügt. Dasselbe ist nach der Unfallversicherung bei der Heilanstaltsaufpfe und auf dem Gebiete der Invalidenversicherung bei Übernahme des Selbstverfahrens der Fall. Während bei der Arbeiterversicherung in den geschilderten Fällen für die Minderjährigen die Erreichung des sechzehnten Lebensjahres vorgeschrieben ist, beginnt die Prozessfähigkeit nach dem Bürgerlichen Recht in den Fällen des § 113 des Bürgerlichen Gesetzbuchs schon mit Vollendung des lebenden Lebensjahrs. Von diesem Alter an kann der gesetzliche

Vertreter den Minderjährigen schon ermächtigen, in Dienst oder Arbeit zu treten.

Sind nun auch die Rechte der Minderjährigen nach der Reichsversicherungsordnung wieder etwas erweitert worden, so hat dieselbe doch nichts Vollkommenes gebracht. Das würde nur dann der Fall gewesen sein, wenn man den Minderjährigen auch das Klagerecht auf dem Gebiete der Unfall- und Invalidenversicherung eingeräumt hätte.

Hamburg. M. Gildenberg.

Was haben die Familienangehörigen bei den militärischen Übungen ihres Ernährers in Friedenszeiten zu beanspruchen?

Infolge Unkenntnis der diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen ruft diese Frage nicht nur Meinungsverschiedenheiten unter den Betroffenen hervor, sondern auch Verärglungen der Ansprüchlichen sind sehr häufig zu verzeichnen. Es dürfte deshalb von Interesse sein, auch diese Frage einmal wieder zu erörtern, damit solche Vorkommnisse vermieden werden können.

Nach dem Gesetze vom 10. Mai 1892 über die Unterstützung von Familien der zu Übungen in Friedenszeiten einbezogenen Mannschaften haben die Angehörigen der einberufenen Reservisten und Landwehrleute Anspruch auf Unterstützung für die Dauer der Übungen. Selbstverständlich fällt diese Unterstützung fort, wenn der Einberufene Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamter ist, dem sein persönliches Einkommen während der Zeit der Einberufung zum Militärdienste gewahrt bleibt.

Unterstützungsberechtigt sind Ehefrau und Kinder unter 15 Jahren. Auch Kinder über 15 Jahre, Verwandte in aufsteigender Linie und Geschwister haben Anspruch auf Unterstützung, wenn sie von dem Einberufenen unterhalten werden. Die Unterstützung wird nur auf Verlangen der Berechtigten gewährt. Der Anspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb vier Wochen nach Beendigung der Übung erhoben worden ist.

Der Unterstützungsanspruch ist sofort nach der Beorderung, also möglichst vor dem Eintreffen des zum Dienste Berufenen, anzubringen. Hierzu berechtigt ist der Einberufene selbst oder diejenige Person, die in seiner Abwesenheit die Fürsorge für die Familie zu übernehmen hat. Auch können die Unterstützungsberechtigten selbst diesen Antrag auf Unterstützung stellen. Der Unterstützungsantrag ist bei der zuständigen Gemeindebehörde zu stellen, an dem der Unterstützungsberechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt resp. Wohnort hat.

Bei der Anmeldung sind die Unterstützungsberechtigten nach ihrem Namen, ihrer Familienstellung zum Einberufenen und nach ihrem Lebensalter zu bezeichnen.

Die Höhe der Unterstützung beträgt für die Ehefrau 30 Proz. und für jede sonst berechtigte Person 10 Proz. des ordentlichen Zehelohns. Allerdings darf der für einen Haushalt zu gewöhnlichem Bedarf 60 Proz. des ordentlichen Zehelohns nicht übersteigen.

Die Zahlung erfolgt halbmäthlich im Voraus, und zwar zunächst vom Tage des Abganges des Einberufenen zur Übung auf die Zeit bis zum Schlusse des laufenden halben Monats. Sodann erfolgt die Zahlung mit dem ersten Tage jedes beginnenden halben Monats bis zur Beendigung der Übung (einschl. der bestimmungsmäßigen Tage für den Rückmarsch). Erkrankt ein Einberufener unverschuldet während der Übung, so wird die Unterstützung bis zum Tage der Rückkehr fortgesetzt.

Eine Rückzahlung des einmal erhobenen Betrags erfolgt nicht, wenn der Einberufene als überzählig am Gestellort wieder entlassen wird, und wenn er vor Ablauf des halben Monats, für den die Unterstützung bereits gezahlt ist, zurückkehrt.

Ein Antrag auf Vorlegung einer Novelle behufs Erhöhung der angeführten Unterstützungssätze wurde in der 96. Reichstags Sitzung am 23. Januar 1913 zwar angenommen, wartet aber noch der weiteren Erledigung, so daß die alten Unterstützungssätze zurzeit noch Geltung haben.

Hiernach können unsere Leser erkennen, welche Unterstützung die Familienangehörigen bei den militärischen Übungen ihres Ernährers zu beanspruchen haben. Bei Beachtung dieser Zeiten dürfte eine Verjährung der Ansprüche als ausgeschlossen gelten können. Das sollte der Zweck vorstehender Zeilen sein.

R. V.

Typographischen Klub überlassen werden. Nach Erledigung einer tariflichen Sache (Schloß der Vorhänge) die anregend verlaufene Versammlung mit dem Wunsche, daß der Besuch in Zukunft immer so bleiben möge.

Braunschweig. Maschinenmeisterverein. — Halbjahrsbericht. Eine der wichtigsten Angelegenheiten, welche in diesem Halbjahre besprochen wurden, war die Gründung des Gaumachinenmeistervereins Hannover, welche im Februar d. J. stattfand. — Da am 1. Oktober d. J. die Novelle zur Reichsgewerbeordnung, die den kleinen Befähigungsnachweis bringt, volle gesetzliche Kraft erlangt, wurde in der Versammlung am 29. März beschloffen, vom 2. April ab unter Leitung des Herrn Faktor Fröhlich einen Vorbereitungskursus zur Meisterprüfung stattfinden zu lassen. Zwanzig Mitglieder meldeten sich zur Teilnahme. — Am 26. April hielt uns Kollege Fröhlich einen Vortrag: „Überfunden betreffend“. In dieser Versammlung waren die neuangelernten Kollegen zum erstenmal anwesend. — Am 31. Mai referierte Kollege Karl Andreas über: „Die Elektrizität, ihre Gefahren und Umwandlung in Energie“. In Sachen der Zentral-Kommission wurde folgende Resolution angenommen: „Der Maschinenmeisterverein Braunschweig erklärt sich bereit, der Zentral-Kommission den einmaligen Jahresbeitrag von 1912 nochmals zu zahlen. Bezüglich des erhöhten Beitrags erkläre der Verein, vorläufig davon absehen zu wollen, und gibt der Zentral-Kommission auf, den im „Korr.“ diskutierten Vorschlag betreffend Verschmelzung der „Technischen Mitteilungen“ mit den „Typographischen Mitteilungen“ in Betracht zu ziehen und sich erst weiter zu äußern. — Am 26. Juli hielt uns Kollege Bullerdiel (Hannover) einen Vortrag über: „Farbenkunde und Farbmischungen“. Der Vortrag wurde mit größtem Interesse entgegengenommen. — Am 30. August fand unsre Generalversammlung statt. Da die beiden Vorstehenden ihr Amt niederlegten, wurde zum ersten Vorstehenden Kollege Wulfschneider gewählt, Kassierer und Schriftführer wurden wiedergewählt. In Anbetracht ihrer zehnjährigen Amtstätigkeit wurde dem ersten Vorstehenden und dem Kassierer je ein Andenken gestiftet. Die meisten Versammlungen waren gut besucht.

DI. Düsseldorf. Die am 13. September abgehaltene Monatsversammlung war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorstehende des verstorbenen Kollegen Ludwig Tömmes. Die Versammlung ehrte das Andenken in üblicher Weise. Aufgenommen wurden zwei und ausgeschlossen sieben Kollegen, darunter der Drucker Georg Trauer auf Grund des § 5c. Hierauf kam der Konflikt in der Hamburger Verlagsgesellschaft zur Sprache. Vorstehender Born schilderte die Vorgänge in Hamburg und verurteilte ganz entschieden das Verhalten der Herren Kaufmann und Steinhoff. In der sehr ausgedehnten Diskussion vertrat der Geschäftsführer des hiesigen Konjunkturvereins, Herr Wilhelm Schmitt, die Vorwürfe gegen Kaufmann und Steinhoff „richtig zu stellen“, fand jedoch bei der Versammlung keine Gegenliebe. Die „Düsseldorfer Tagesblätter“ verurteilten ebenfalls das Verhalten der Hamburger Geschäftsführer in sehr scharfen Worten und stellten die „Richtigstellungen“ des Herrn ins richtige Licht. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Düsseldorf des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erhebt entschieden Protest gegen das Vorgehen der Herren Kaufmann und Steinhoff als Geschäftsführer der Verlagsanstalt deutscher Konjunkturvereine. Sie steht auf dem Standpunkte, daß solche in der Gewerkschaftsbewegung bisher nicht gekannte Vorgänge nicht dazu beitragen können, das harmonische Verhältnis zwischen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung zu fördern. Die in Frage kommenden, die Aufsicht über die Verlagsanstalt führenden Instanzen haben unbedingt zu prüfen, ob das Verhalten beider Herren den Traditionen der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung entspricht und solche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern. Es kann mit den Anschauungen der modernen Arbeiterbewegung nicht in Einklang gebracht werden, daß ein der Aufsicht organisierter Arbeiter unterstellt und von Arbeitern gegründetes Geschäft in einen den Tendenzen der Gewerkschaftsbewegung entgegenstehenden Unternehmerorganisation in hervorragender Weise durch seine Geschäftsführer Verhältnisse anzubahnen versucht, die dem Geist unserer Bewegung direkt widersprechen, zumal in dieser Unternehmerorganisation seit reichlich einem Jahre Gelder für einen Streikabwehrfonds zur Erhebung gelangen. Die Versammlung erwartet, daß die Herren Kaufmann und Steinhoff 1. aus dem Deutschen Buchdruckerverein austreten; 2. den in der Verständigungsabstimmung vom 15. Mai zum Ausdruck gebrachten Friedensbestrebungen nachkommen.“ (Eine am Tage darauf abgehaltene, sehr gut besuchte Generalversammlung des hiesigen Konjunkturvereins nahm eine gleichlautende Resolution gegen eine Stimme an. D. Schr.) Des weiteren teilte der Vorstehende noch mit, daß im hiesigen „Düsseldorfer Tagesblatt“ Differenzen dadurch entstanden, daß die dort beschäftigten Gutenbergbünder behaupteten, die Verbandsmitglieder hätten der Geschäftsleitung Angaben über ihre Leistungen gemacht. Daraufhin hätte dann der Vorstehende der hiesigen Gutenbergbünder gleichfalls Angaben über die Leistungen ihrerseits der Geschäftsleitung gemacht. Auf unsre Anfrage hat die Geschäftsleitung des „Tagesblattes“ geantwortet, daß von Verbandsseite niemals solche Angaben gemacht worden seien. Der Zweck dieser Manipulation der Bünder war also sehr durchsichtig, jedoch hatten sie mit dieser Schelbung kein Glück. Nach einer längeren Diskussion über das Aussehen in einigen hiesigen Druckereien mußte der vorgerückten Zeit halber ein in Aussicht genommener Vortrag auf eine später stattfindende außerordentliche Versammlung verschoben werden.

Erurt. (Vierteljahrsbericht.) Die am 12. Juli abgehaltene Ortsvereinsversammlung nahm zunächst den

Kassenbericht für Mai und Juni entgegen, erledigte ein Aufnahmegericht und stimmte dem Anschluß eines Mitglieds zu. An den letzteren Punkt knüpfte sich eine längere Debatte, die dahin ausging, daß in Zukunft der sich zur Aufnahme Meldende in der betreffenden Versammlung anwesend sein muß. Darauf wurde ein dem Gauslage zu unterbreitender Antrag beraten. Zum Schlusse wurde noch der Kassenbericht gegeben, der sich besonders mit der Neugestaltung der hiesigen Krankenkassenverhältnisse befaßte. Anwesend waren 114 Kollegen. — In der Augustversammlung wurde der Quartalsbericht und der Bericht vom Juli genehmigt. Den Restanzen soll mit allen statistischen Maßnahmen entgegengetreten werden. Von unsern Schiedsgerichte muß mitgeteilt werden, daß es wieder einmal ohne Prinzipalsvorwissen und infolgedessen nicht recht arbeitsfähig ist. Sämtliche für das Maßfest vorgezeichneten Sonntage verregneten, weshalb diese Versammlung beschloß, für dieses Jahr von einem Johannisfest abzusehen. (Das Fest hat trotzdem noch bei herrlichem Wetter am 24. August stattfanden und einen schönen Verlauf genommen. D. Schr.) Die gedruckt vorliegenden Anträge zum Gauslage wurden einer Besprechung und Abstimmung unterzogen, um den Delegierten einen Anlaufpunkt mit auf den Weg zu geben. Damit den Kollegen zum Besuche der Leipziger Buchgewerbeausstellung ein Zutritt geleistet werden kann, wurde von einer größeren Feier des Stiftungsfestes Abstand genommen. Es soll nur eine Festversammlung stattfinden. Anwesend waren 132 Kollegen. — Die am 13. September abgehaltene Versammlung befaßte sich nach Entgegennahme des Kassenberichts für August besonders mit der Angelegenheit Kaufmann und Steinhoff in Hamburg. Sämtliche Redner verurteilten deren arbeitserfeindliches Gebaren. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige, gutbesuchte Versammlung des Ortsvereins Erurt des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von dem Gebaren der Leiter der Verlagsgesellschaft deutscher Konjunkturvereine (Kaufmann und Steinhoff) und erwartet, daß ihnen ihre scharfmacherischen Mährchen von berufener Seite unterbunden werden. Die Versammlung erlucht die Instanzen, dem Verlangen der gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiterschaft Rechnung zu tragen.“ Den Bericht vom Gauslage erstattete Kollege Stange, auf das im „Korr.“ veröffentlichte Profokoll verweisend, den er nicht viel hinzuzufügen habe. An Hand des Jahresberichts stellte er fest, daß innerhalb unfres Gaus die Arbeitslosigkeit in Erurt im vergangenen Jahr am größten gewesen sei. Kollege E. Sonnenfärdt berichtete über die Generalversammlung der Gauswitwen- und Waisenkasse und forderte die Kollegen auf, recht zahlreich dieser auf sehr gesunden Füßen stehenden Kasse beizutreten. In der Diskussion hemängelte Kollege Schellhorn, daß der Arbeitsnachweis von Seiten der Prinzipale nicht genügend benutzt werde, hierin müsse Remedur eintreten. Kollege Schulz drückte seine Verwunderung darüber aus, daß das „Jenaer Volksblatt“ einen Protest der Jenaer Bünder gegen das Tarifamt abgedruckt habe, zumal vom Prinzipale bis zum letzten Gehilfen alles im Verband organisiert sei. Kollege Becke erluchte um Ausschluß über die beschlossene Arbeitsentlassung des Gauerwallers. In seinem Schlussworte teilte Kollege Stange betreffs der Jenaer Angelegenheit mit, daß Kollege Wolf als Redakteur abwesend war und der Prinzipal nichts von jener Post gewußt habe. Der Gauerwall sei zu Zeiten sehr überlastet und solle ihm eventuell die Auszahlung der Reiseunterstützung abgenommen werden. Zum Schlusse wurde ein Antrag angenommen, den Beschluß der Augustversammlung betreffs des Stiftungsfestes aufzuheben. Das Stiftungsfest findet also in der üblichen Weise statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorstehende des Ablebens des Arbeiterführers August Bebel, ihm ehrende Worte der Anerkennung für seine Tätigkeit im Interesse der Arbeiterschaft widmend. Anwesend waren 171 Kollegen.

kg. Essen. Zu der Monatsversammlung am 13. September waren ungefähr 160 Kollegen erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorstehende Krauß des verstorbenen Arbeiterführers August Bebel sowie des Kollegen Biedermann, der freiwillig aus dem Leben schied. Unter „Geschäftlichem“ gab der Vorstehende die Beschlüsse der Vertrauensmännerprüfung bekannt, nach welchen den Restanzen in Zukunft kein Pardon mehr gegeben wird. Weiter wurde ein Zirkular des Gausvorstandes zur Vereinfachung gebracht, in dem die Unterstützungssätze des Verbandes und des Gutenbergbundes gegenübergestellt wurden. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat des Kollegen Krauß über: „Das Krankenkassenwesen nach der neuen Reichsversicherungsordnung“. Unter dem nächsten Punkt erstattete Kollege Bodmann Bericht über die Tätigkeit des hiesigen Tarifschiedsgerichts. Beide Vorträge fanden beifällige Aufnahme. Beim Punkte „Beschiedenes“ schritt Kollege Groskopf den Fall Kaufmann kontra Buchdrucker an. In der Diskussion war man einmütig der Meinung, daß man alles tun müsse, um den scharfmacherischen Treibern der Herren Kaufmann und Steinhoff ein Ende zu machen. Die in der hiesigen Genossenschaft „Eintracht“ ehrenamtlich tätigen Kollegen wurden aufgefordert, in diesem Sinne zu wirken, eventuell soll die Sache in der im Oktober stattfindenden Generalversammlung zur Sprache gebracht werden. Dem freudend wirkte es für die Kollegen, daß ein Mann wie der technische Leiter Steinhoff, der in solch außerordentlich hohem Maße für die Prinzipale wirkt, noch Mitglied unsrer Organisation sein könne. Aber die Stärkung der beiden Genossenschaftsautoritäten durch den „Korr.“ herrschte allgemeine Verärgerung. Der Wille der Versammlung wurde in folgender Resolution niedergelegt: „Die heutige Ortsvereinsversammlung verurteilt ganz entschieden die scharfmacherischen Mährchen des Geschäftsführers Kaufmann sowie des technischen Leiters Steinhoff der Druckerei der Verlagsgesellschaft

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Machen. Eine betrübende Kunde ist von hier zu melden: Inser aller Andreas Wilms ist von neuem Unglück heimgekehrt, er erblindete plötzlich, nachdem sein rechtes Auge schon lange verlagst hatte. Eben hatte sich Kollege Wilms von schwerer Krankheit erholt und nun trifft den sieben Allten dies neue Mißgeschick. Möge er nach glücklich überstandener Operation bald genesen, damit wir unsern Andreas bald wieder im Räte der Kollegen begrüßen können!

Apenrade. Aus der reichhaltigen Tagesordnung der Versammlung am 13. September sei erwähnt, daß nach dem Kassenberichte die Ortskasse einen guten Bestand aufwies. Zum Punkte „Bezirksversammlung betreffend“ wurde beschloffen, in Zukunft auf jeder Bezirksversammlung einen Situationsbericht zu geben. Weiter wurden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem 1. Oktober für unsern Ort ein Vokalzuschlag von 2 1/2 Proz. in Kraft tritt. Unter Stiftungsfest soll am 8. November stattfinden. Unter „Verschiedenem“ wurden zwei Preise bewilligt für die beiden besten Entwürfe eines zweifarbigen Briefkopfes für den Ortsverein. Die Bewertung soll dem Flensburger

schaff deutscher Konsumvereine in Hamburg, eines Unternehmers, das von Arbeitern und für Arbeiter geschaffen ist, zumal die strittige Angelegenheit zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt war. Sie protestiert ganz besonders auch gegen den unerhörten Anwurf der Schwachheit und Willkür gegenüber den Tarif- und Verbandsinstanzen, die sich mit der Angelegenheit beschäftigen müssen. Im Interesse der Konsumgenossenschaftsbewegung erwartete die Versammlung, daß Herr Kaufmann entweder seit Nehmen den Buchdruckern gegenüber ändere, oder daß in andern Fällen Vorstand und Ausschussrat der Großhandlungsgesellschaft Mittel und Wege finden müssen, die Herren Kaufmann und Steinhorst zur Ordnung zu rufen. Von unsern Kollegen, die als Funktionäre in der Verwaltung der hiesigen Genossenschaft, Eintracht stehen, wird erwartet, daß sie an geeigneter Stelle die fälligen Darlegungen des Herrn Kaufmann in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ auf ihren wahren Wert zurückzuführen.“ Nach einstimmiger Annahme dieser Resolution hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Sn. Frankfurt a. M. (Bezirksversammlung vom 22. September.) Das Hauptinteresse richtete sich auf einen Vortrag des Kollegen Borkhessel über die „Volksfürsorge“. An der Hand lehrreichen Materials unterrichtete der Referent die Gegenläge zwischen den privaten Versicherungsgesellschaften und der „Volksfürsorge“ und schilderte in bereiten Worten die Vorteile der letzteren für die arbeitende Bevölkerung. Der Referent forderte zum Schluß zur regen Inanspruchnahme des neuen Gliedes der Arbeiterbewegung auf. Seine Ausführungen fanden gute Aufnahme und wurden stark applaudiert. Kollege Bachhaus erörterte in kurzen Zügen den bekannnten Konflikt der Hamburger Kollegen im Betriebe der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine und empfahl, von der Annahme einer Resolution Abstand zu nehmen und sich den Proteste der Hamburger und anderer Mitgliedern anzuschließen. Die Versammlung stimmte dem zu. Die Kollegen wurden darauf hingewiesen, daß laut letztem Tarifabschlusse die zum Bezirke gehörenden Orte Kronberg, Homburg, Oberursel und Königstein vom 1. Oktober ab 2 1/2 Proz. Lokalzuschlag erhalten. Die vorgelegte Abrechnung des Johannissestes ergab trotz mißlicher Umstände einen Überschub. Für den aus dem Kartell auscheidenden Kollegen Bachhaus wurde einstimmig Kollege Rehäuser gewählt. Da diese Versammlung die letzte war, die Kollege Bachhaus leitete, wurden ihm von Bezirks- und Gauvorstände warme Worte der Anerkennung gewidmet und ihm für seinen neuen Wirkungskreis Glückwünsche auf den Weg gegeben. Kollege Bachhaus dankte für die ihm erwiesenen Abschiedsworte und wünschte, daß die Mitglieder dem Kollegen Rehäuser in seinem jetzt übernommenen Wirkungskreise rege Unterstützung zuteil werden lassen. Unser Gauvorsteher Dominé wies noch auf die im Gau bestehende und sich sehr günstig entwickelnde Sterbekasse hin und forderte die noch säumigen Kollegen zur Mitgliedschaftsverbindlichkeit auf. — Nach Schluß der ein- und zweitägigen Besichtigung und Einführung in sein neues Amt gab Kollege Rehäuser die Erklärung ab, den Posten nicht ausfüllen zu können, da er der Verwaltungsarbeit nicht gewachsen sei. In einer einberufenen Vorstandssitzung wurde zu dem Geschäftsführers Stelle angenommen und der sofortige Rücktritt angenommen. Die Bezirksmitglieder werden in nächster Woche Gelegenheit erhalten, zu der Handlungsweise Rehäusers und der neuen Besetzung des Postens Stellung zu nehmen.

Frankfurt a. M. (Maschinenmeister. — Halbjahrsbericht.) Fünf Versammlungen fanden statt, darunter eine außerordentliche. Der Besuch hat sich gebessert, könnte aber, den Gebotenen entsprechend, noch besser sein. In der Aprilversammlung hielt Kollege Biering einen Vortrag über: „Das Papier“. An Hand von Mustern, alten Überlieferungen, Rohstoffen usw. erklärte er die Entstehung des Papiers und seinen Werdegang bis auf die heutige Fabrikation. Der Vortrag kam um so mehr interessant und lehrreich genannt werden, als erst kurz vorher die Besichtigung der Bensheimer Papierfabrik stattgefunden hatte. — Am 31. Mai fand eine Festversammlung statt. Sie war als Sumbertsfahrer der Gründung der Schnellpresse und als Feier ihres 23jährigen Stiftungsfestes veranstaltet worden. Der Gesangsverein der Buchdrucker und Schriftsetzer eröffnete und schloß die Festversammlung mit je einem gut vorgetragenen Chöre. Dem nun folgenden Vortrage des Kollegen Höflich über „Die Gründung der Schnellpresse“ folgten die Kollegen mit herzlichem Interesse. An etwa 75 Lichtbildern zeigte und erklärte er nicht allein die alten Modelle, sondern auch die neuesten Spezialmaschinen und Rotationsmaschinen konnte er in Wort und Bild vortrefflich den Kollegen vor Augen führen. Reicher Beifall besandte den Vortragenden. — Am nächsten Tag, 1. Juni, fand unser Sommerfest statt. Auch hier war eine zahlreiche Beteiligung der Kollegen zu verzeichnen. Der Gesangsverein „Gutenberg“ half durch einige gut vorgetragene Chöre das Fest verschönern. Der recht hübsche Überflus wird dem Referendats für die Fahrt nach Leipzig überwiesen. — Zu Ehren der auf einer Studienreise befindlichen Studenkollegen fand am 19. Juli eine Versammlung mit gemüthlichem Abende statt. Auch hier stellte sich jener Kollegenangelegenheiten uns zur Verfügung. Nach einem Willkommengruß erhielt Kollege Werner, der Obmann des ungarländischen Maschinenmeisterklubs, das Wort. In längerer Ausführungen gab er die Eindrücke bekannt, welche sie in technischer wie tariflicher Beziehung in England, Frankreich und Deutschland gewonnen hatten. Ebenso interessant und lehrreich waren seine Aufschlüsse von seiner Heimat, woraus man sehen konnte, daß dort die Kollegen in kollegialer und tariflicher Hinsicht fester zusammenhalten als wir. Nach einem recht regen Meinungsaustausche ging man zum ge-

müthlichen Teil über. — Eine außerordentliche Versammlung fand dann noch im Juli statt, in welcher der Vorsitzende der Zentralkommission, Kollege Hof, einen Vortrag hielt über: „Störungen und Gegenstörungen“. Dem Referenten wurde für seine interessanten Ausführungen reicher Beifall gezollt. Dem Referat folgte eine recht ausgiebige Diskussion. In seinem Schlussworte behandelte Kollege Hof noch in ausführlicher Weise den Tief- und Offiedruck, wobei die ausgelegten Ergebnisse dieses neuen Verfahrens großen Anklang fanden. — Für den 13. September hatte der Vorstand einen Vortrag vom Ausschusse für Volksvorlesungen auf die Tagesordnung gesetzt, der wegen Verhinderung des besetzten Referenten jedoch ausfallen mußte. Die Tagesordnung wurde aber trotzdem mit Unterstützung der Technischen Kommission interessant gestaltet. Nach der Erledigung des geschäftlichen Teils wurden verschiedene Proben der Wunderreglette von D. Schwinger (Ruhla) fanden allseitig Anerkennung. Hierin ist dem Drucker ein billiges Mittel gegeben, um dem Spießeinde entgegenzuwirken. Aber die Herstellung von Reklame- und Siegelmarken in einem Arbeitsgang auf der Prägepresse der Firma Kieß & Gerlach (Stuttgar) wurden erläuternde Erklärungen gegeben. Nach Erledigung einiger technischer Fragen schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Frankfurt a. M. (Berichtsjahrsbericht.) Die Zusammenkunft beschäftigte sich mit der Abrechnung vom Johannissest und nahm das Resultat der Gaultagsdelegiertenwahl entgegen. — In der Augustversammlung mußte als außerordentliche Generalversammlung einberufen werden, da Kollege Schönlank sein Amt als Vorsitzender niederlegte; an seine Stelle trat Kollege Hermann Müller. Nach Erhaltung von Stellenberichten gab Kollege Sellenberg noch einige nähere Erläuterungen zu dem Berichte vom Gaultag. In der sich hieran anschließenden Diskussion wurde bemängelt, daß man der Arbeitslosigkeit im Laufe der Verhandlungen zu wenig Berücksichtigung geschenkt habe. Eine einstimmig angenommene Resolution erklärte sich im allgemeinen mit den auf dem Gaultage gefolgten Verhandlungen zwar einverstanden, monierte jedoch die Höhe der Gaultagsdiäten. Dem Gesangsvereine „Typographia“, der es sich nicht hatte nehmen lassen, die Versammlung durch den Vortrag zweier Lieder zu eröffnen, wurden, da er zurzeit große Ausgaben und auch viele konditionlose Mitglieder hat (jedoch konditionlose Mitglieder erhält für den Übungsabend 30 Pf.), aus der Ortsvereinskasse 25 Mk. bewilligt. Die übrigen Punkte befaßten sich mit lokalen Angelegenheiten, u. a. Wirtschaftsbörsen, „Volksfürsorge“. — In der Septemberversammlung mußte wieder zwei Kollegen gedacht werden, die uns durch den Tod entzogen wurden, nämlich der Kollegen Konnophie und Busch, auch ehre man das Andenken August Bebel's durch Erheben von den Plätzen. Bekanntgegeben wurde die Erziehung eines Bezirksarbeiterreferats ab 1. Januar 1914. — Bei der Besichtigung der „Wahl- und Ortskrankenkasse gabert den“ Vorsitzenden Gelegenheit, sich näher über das: daß in Kraft tretende Krankenversicherungsgesetz auszusprechen. Hier auf wurden unsere Vertreter, die für den zu wählenden Ausschuss in Frage kommen, aufgestellt. Nachdem noch ein Dankschreiben der Witwe eines Kollegen vorgelesen und für die von hier verziehende Witwe eines anderen Kollegen aus der Ortskasse 25 Mk. als Unzulagebeiträge bewilligt worden waren, fand die Versammlung mit der Auforderung zur regen Beteiligung bei der Wahl zum Ortskrankenkassenauschuss ihr Ende.

Ostlar a. S. In der am 13. September von den Mitgliedern fast vollständig besuchten Monatsversammlung erhaltete Kollege Freutel (Hildesheim) den Bericht über den Gaultag in Osnabrück. Er hatte hiernit Gelegenheit, zum erstenmal in seiner Eigenschaft als Bezirksvorsteher in unserm Ortsverein ein Referat zu halten. In kurzer, gemeinverständlich Weise entledigte sich Kollege Freutel seiner Aufgabe und fand damit den Beifall der Versammelten. Seine Ausführungen veranlaßten eine angeregte, interessante Debatte, in welcher besonders der Fall Kaufmann (Hamburg) eine Rolle spielte. Die Wiederanrufung des Falles seitens des Herrn Kaufmann in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, in welcher er den Fall in sinnentstellender, ja oft direkt unwahrer Weise für sich auszuschließen sucht, veranlaßte folgende Resolution, welche von der Versammlung einstimmig angenommen wurde: „Das Verhalten des Herrn Kaufmann als Leiter eines genossenschaftlichen Arbeiterunternehmens kann mit den Prinzipien desselben in keiner Weise in Einklang gebracht und gebilligt werden. Die Kollegen, welche sich auf diesem Gebiete betätigen, wollen ihren ganzen Einfluß geltend machen, dem unwürdigen Gebaren Kaufmanns ein Ende zu bereiten.“ In der Diskussion wurde auch der Gedanke laut, aus Sparmaßregeln die zukünftigen Gaultage möglichst in zentraler Lage abzuhalten und auf einen Tag zu beschränken. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß Vorsitzender Reuland die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Hg. Hannover. Die am 16. September abgehaltene Mitgliederversammlung ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen inwaliden Kollegen Heibehder in üblicher Weise. Vorsitzender Schweinitz teilte sodann mit, daß sich zwei Kollegen zur Aufnahme gemeldet haben. Ferner wurden die Kollegen, die Betriebskrankenkassen angehören, aufgefordert, sich an den bevorstehenden Ausschusswahlen zu beteiligen. Nach Bekanntgabe der Abrechnung vom Johannissest und verschiedener Angelegenheiten interner Natur besprach Kollege Schweinitz einen Artikel „Seher- oder Mechanikerinstruktoren“ in Nr. 73 der „Zeitschrift“, worin ein Sachmann dafür eintritt, daß die Instruktoren an den Monotypetastern unter allen Umständen Seher sein müssen, die die gesamte Technik des Setzens voll-

ständig beherrschen. Diese Auslassungen kann man nur unterstreichen, wird doch damit bestritten, was stets von Gehilfen besetzt wurde, daß auch an der Monotype nur in allen Scharten bewanderte Seher tätig sein können. Kollege Hartung erhaltete sodann den Bericht vom Gaultag in Osnabrück, woran sich eine ausgedehnte Diskussion schloß. Sie klang dahin aus, daß die Gaultage zwar nicht mehr agitatorischen Wert in dem Sinne haben, daß sie uns zumachs an Mitglieder bringen, wohl aber fragen sie zur Vertiefung der gewerkschaftlichen Grundfälle bei. Die Delegierten lernten die Schwierigkeiten kennen, unter welchen die Kollegen der kleinen Druckerei für den Verband arbeiten müssen. Die Gaultage seien eine praktische Schule und erweiteren den Blick der Teilnehmer. Wertvolle die Delegierten die gewonnenen Eindrücke in der richtigen Weise, beachten die Mitglieder die gegebenen Anregungen und gefaßten Beschlüsse, so wird auch aus den Arbeiten des Gaultags reicher Segen für den Verband fließen. Der „Fall Kaufmann“ fand ausgiebige Erörterung, und das Verhalten der Herren Kaufmann und Steinhorst wurde scharf gemißbilligt. Für die Kollegen müsse der Vorfal Veranlassung sein, an der Konsumvereinsbewegung tätigen Anteil zu nehmen. Beifällig aufgenommen wurde die Nachricht, daß der Haushaltsverein Linden in seiner am Tage vorher stattgehabten Generalversammlung eine scharfe Resolution gegen das Vorgehen der Leitung der Verlagsgesellschaft angenommen habe.

Kassel. Am 1. Oktober feiert der Seher Friedrich Rehahn aus Greifswald sein 50jähriges Berufsjubiläum. Zu Ehren ihres „alten Fritz“ veranfaßten die Kollegen der Firma Weber & Weidemann am Sonnabend, 4. Oktober, einen Kommerz im Restaurant Sommer. Möge es dem Jubilare vergönnt sein, sich noch lange Jahre der besten Gesundheit zu erfreuen!

T. Krefeld. In der Monatsversammlung vom 13. September nahmen etwa 90 Kollegen teil, womit festgesetzt werden kann, daß der Versammlungsbesuch sich etwas gehoben hat. Unter „Mitteilungen“ gab Vorsitzender Murrmann bekannt, daß des Kollegen Böblin zu seinem 25jährigen Jubiläum als Vorsitzender unseres Verbandes gedacht worden sei. Alsdann wurde der Artikel der „Zeitschrift“ vom 9. September vorgelesen. Es wurde anerkannt, daß dieser Artikel in objektiver Weise die Lage schildert, in der sich heute der Gulenberg befindet. Auch verlas Kollege Murrmann das Einladungs schreiben der Mitglieder an den Vorstand zu der gleichzeitig tagenden, öffentlichen Buchdruckerversammlung. Der „Kollege“ Matthias Busch, der wegen Resten ausgeföhren worden ist, hat bei der tarifunfreien Firma Schächermann & de Greiff angefangen, weshalb er für die Zukunft als nichttarifreuer Gehilfe zu betrachten ist. Abgesehen ist bemerkt worden, daß die Herren „Kollegen“ von Schächermann & de Greiff fast vollständig die Bundesversammlung besucht hätten. Nun, da befinden sie sich ja in angenehmer Gesellschaft! Zum Kartellberichte, den Kollege Vertz in ausgiebiger Weise erstattete, und der von der Versammlung nach einer Abrechnung zur Annahme gelangte, wurde noch folgende Resolution einstimmig genehmigt: „Die heutige Versammlung legt energisch Protest ein gegen das scharfmacherische Benehmen der Herren Kaufmann und Steinhorst von der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg. Die Krefelder Buchdrucker, zumeist genossenschaftlich organisiert, fordern entschieden, daß dem Verhalten der genannten Herren, die einem Arbeiterunternehmen vorsetzen, sofort Einhalt geboten werde.“ Unter „Tariflichen“ wurde bekanntgegeben, daß gegen eine Firma demnach die Streichung aus der Tarifgemeinschaft beantragt werden müsse, während eine andre Firma, wenn nicht eine Änderung zum Bessern eintritt, wohl demselben Schicksale verfallen dürfe.

R. Magdeburg. Spärlich sind die Freundtage in der Arbeiterbewegung. Alle Tage sind ausgefüllt von dem Ringen und Streben nach besseren Verhältnissen. Große Tage müssen es schon sein, die den Kollegen zu besonderen Veranlassungen Anlaß geben. So ging es auch hier an Selbstbrände. 40 Jahre Organisationsarbeit sind wert, gefeiert zu werden; sind es doppelt wert, wenn man bedenkt, welche Hülfe von Vorleuten sich in dieser langen Zeit erkämpfen ließ. Mehr als fräutig waren die Verhältnisse nach der Tarifbewegung von 1873 an Orte. Der gesamte Gauvorstand war fahnenflüchtig geworden; das winzige Häuflein Getreuer wurde vom Orte vertrieben und mußte sich kümmerlich durchschlagen. Aber am 6. September 1873 fanden sich doch wieder 20 Kollegen zu einem Ortsvereine zusammen, der sich dann dem Saalegau anschloß. Das bewegte Leben des Verbandes spiegelte sich auch am Orte wider. Langsam mehrte sich die kleine Schar und im Jahre 1886 füllte man sich schon wieder so stark, daß 25 Mann in den Ausstand traten, weil ihnen das örtliche Minimum nicht gezahlt werden sollte. Auch beim Neumstundenkampfe 1891 machten sich die wenigen Verbandsmitglieder bemerkbar. Von den 90 Mitgliedern traten etwa 40 in den Ausstand. Schwere Zeiten folgten für die Beteiligten, schwarze Listen usw. trieben die Kollegen hinaus in die Welt oder ließen sie des Lebens nicht froh werden. Doch begann sich von diesem Zeitpunkt ab die Mitgliederzahl langsam und stetig zu heben, so daß der Ortsverein heute etwa 800 Mitglieder zählt. Magdeburg hat seinen schlechten Ruf verloren. Ein kraftvolles Glied steht heute dieser Ortsverein im Verbands der Deutschen Buchdrucker. Das Fest wurde begangen durch eine akademische Feier am 3. September im „Fürstenthor“. Kollege Demuth gab einen kurzen Überblick über die Ortsvereinsgeschichte und Kollege Böblin referierte. Er entwarf seinen Hören ein Bild vom Verband und lenkte speziell unsere gegenwärtigen Taktik und unsern nächsten Aufgaben Beachtung. Stürmischer Beifall bewies ihm, daß der Verbandsvorstand auf dem rechten Weg ist. Auch die Darbietungen des „Graphischen Gesangsvereins“ fanden volle Anerkennung. —

Am 13. September fand im „Luisenpark“ ein Ball statt. Neben Besuch aus der großen Seifstadt konnten wir bei dieser Gelegenheit in unsern Reihen begrüßen. Kollege Frangl, dessen Name mit der Geschichte unfres Ortsvereins so eng verknüpft ist, ließ es sich nicht nehmen, den Kollegen das Gewesene und Gewordene vor Augen zu führen und zur Treue am Verbands zu mahnen. Kollege Meylau (Leipzig) feierte die Kollegialität, die dem Buchdrucker immer noch eigen ist. Und last not least Kollege Neuber (Dessau) erfreute die Erscheinenden durch eine Reihe launiger Vorträge. Gedacht sei auch der Kollegen und Korporationen, die uns mit Begrüßungsgrammen bedachten, ihnen sei an dieser Stelle unser Dank abgestattet. Das Fest kann im großen und ganzen als ein Merkstein in der Geschichte des Ortsvereins angesehen werden.

Oppeln. In der am 13. September abgehaltenen Monatsversammlung kam u. a. ein zum wiederholten Male gestellter, doch stets abgelehnter Antrag des Vorstehenden, unsern Ortsverein an das Gewerkschaftskartell anzuschließen, in befriedigender Weise zur Erledigung. Man schloß sich diesmal allgemein den Argumenten des Antragstellers an, daß die Buchdrucker bei der heutigen Situation keine Verantwortung hätten, sich abseits des Kartells zu stellen, wenn auch die schwierigen brüchigen Verhältnisse in dieser Beziehung nicht zu verkennen wären. Der Antrag kam schließlich mit fünfzehn gegen zwei Stimmen zur Annahme, worauf die Wahl eines Delegierten erledigt wurde. Unter „Verstiebenen“ nahm der Vorstehende Veranlassung, die Agitationspraktiken des Gutenbergbundes unter die Lupe zu nehmen. Der „christliche“ Generallinikus Siegerwald scheint in Essen der Leistung des Bundes ob der geringen Ernte ganz gehörig den Kopf gewaschen zu haben, denn man überstürzt sich förmlich in Anstrengungen, die neuße Heftbrochüre an den Mann zu bringen. Der Ortsvorstehende des Bundes, übrigens als einziger neben 13 Verbandsmitgliedern in der Druckerlei, war naiv genug, einen jungen Kollegen (die älteren verschont man wohlweislich) mit dem bekannten Elabrador zu „beglücken“. Selbstverständlich holte er sich dabei nur eine wohlverdiente Schlappe, die anscheinend derartig deprimierend auf ihn wirkte, daß er die ruhige Überlegung verlor. Denn was soll man dazu sagen, wenn er einem Lehrlinge, der erst anderthalb Jahre am Kästen steht, während der Arbeitszeit einen Stoß der Heftbrochüren in die Hand drückte mit der Aufforderung, diese in der Fortbildungsschule zu verteilen und ihm zum Überflusse noch die „Vorzüge“ des Bundes gegenüber dem Verbands plausibel zu machen versuchte? Wir meinen, der kaum der Schule entwachsene Junge hat vorläufig seine volle Kraft und freie Zeit zur Bereicherung seines fachlichen Wissens und Könnens zu verwenden, damit er den schweren Kampf um die Existenz später mit Erfolg aufnehmen kann. Das Lesen guter Fachschriften in der freien Zeit ist für ihn notwendiger als dieser Plunder, wovon er übrigens noch nichts versteht. Was geschähe wohl, wenn von untrer Seite mit den „glücklichen“ überwerflichen Mitheln „gearbeitet“ würde? „Mithel“ wäre „mit“ Profiteilingaben an den Magistrat über „unzulässige Agitation für den „sozialdemokratischen“ Verband in der Fortbildungsschule schnell bei der Hand. Aber diese Leute können sich alles erlauben, denn sie sind ja „christlich“!

St. Strahburg i. E. In der am 13. September abgehaltenen außerordentlichen Bezirksversammlung gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung unser Vorstehender Kalkinich zunächst des verstorbenen Arbeitersführers August Bebel, dessen Andenken die Versammlung in üblicher Weise ehrte. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten nahm die Versammlung Stellung zum Aufreten des Herrn Kaufmann von der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg. Sämtliche zum Worte gekommenen Redner verurteilten aus schärfster Kaufmanns Verbalten, ganz besonders sein Auftreten nach erfolgter „Reglung des Konfliktes zu beiderseitiger Zufriedenheit“ in der Hamburger Prinzipalsversammlung, in der er ihrer Meinung nach als Angestellter eines Arbeiterunternehmens gar nichts zu suchen hatte. Als Extrakt der ziemlich lebhaften Debatte gelangte die nachfolgende Resolution zur Annahme: „Die am 13. September im Saale „zur Sonne“ folgende Versammlung des Bezirksvereins Strahburg i. E. bedauert aufs lebhafteste das abermalige Aufgreifen einer durch Tarifamtsentscheid bereits erledigten Angelegenheit seitens der Hamburger Prinzipalität und erblickt darin eine Ignorierung der in deutschen Buchdruckgewerbe bestehenden tariflichen Instanzen. Aufschärfte aber verurteilt die Versammlung das scharfmacherische Verhalten des Herrn Kaufmann als Leiter eines Genossenschaftsbetriebes, der sich damit in schärfstem Gegensatz zu den genossenschaftlichen Prinzipien gestellt hat. Endlich erklärt die Versammlung die Absicht des Hamburger Prinzipalsvereins, ein Mitglied des Schiedsgerichts aus dem Schiedsgericht auszuschließen, als eine Gewaltmaßregel und einen Eingriff in die Rechte der Gehilfen, die um so mehr zu verurteilen ist, als demselben keinerlei Vorwürfe betreffs seiner Amtsführung gemacht werden konnten.“ Mit Rücksicht auf die in Bälde stattfindende Ausschuhwahl zur Ortskrankenkasse hielt sodann der Vorstehende der Gemeinsamen Ortskrankenkasse Strahburg, Kollege Leichsenring, einen instruktiven Vortrag über: „Die Bedeutung der Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen nach der neuen Reichsversicherungsordnung“. Nach einigen kurzen Bemerkungen über die speziellen Verhältnisse der Strahburger Ortskrankenkasse und das neuerrichtete Verwaltungsgebäude, machte der Referent die Versammelten mit den gesetzlichen Neuerungen bekannt, wobei er hauptsächlich die Bedeutung der Ausschuhwahl in bezug auf die Befreiung der Versicherungs- und Überversicherungsämter hervorhob. Weiter betonte der Redner, daß die diesmaligen Wahlen erstmalig nach dem Proportionalwahlverfahren vor sich gehen, weshalb es jedes Wahlberechtigten

heilige Pflicht sei, sein Wahlrecht auszuüben und ihm bekannte Säumige dazu zu veranlassen, damit der bisher vorherrschende Einfluß der freien Gewerkschaften in der hiesigen Ortskrankenkasse auch weiterhin erhalten bleibe. Nachdem der Vorstehende dem Referenten den Dank der Versammlung für seine Ausführungen erstattet hatte, wurden zwölf Vertreter als Kandidaten zu den Ausschuhwahlen aufgestellt. Der nächste Punkt galt der Neuwahl eines zweiten Schriftführers. Unter „Verstiebenen“ rief die Mitteilung lebhaftes Bedauern und Bewunderung hervor, daß die hiesigen Buchdruckereibesitzer es strikt abgelehnt haben, den am 1. Oktober ablaufenden Tarif mit dem Buchbinderverbande zu erneuern, und es wurde den Buchbindern Sympathie bei ihrem Vorgehen ausgedrückt. Weiter sprach die Versammlung ihre Mißbilligung über einen in hiesigen Tageszeitungen veröffentlichten Bericht des Gewerbeaufsichtsbearbeiters aus, in dem ein die Buchdrucker direkt beleidigender und auf unwahren Angaben beruhender Passus entfallen sei, und wünschte, daß vom Vorstande berücksichtigend eingegriffen werde, was von diesem auch zugeklagt wurde. Hiermit hatte die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht.

Bezirk Wesel. (Maschinenlehrevereinerung.) Am 14. September fand in Kleve eine außerordentliche Versammlung unfres Bezirksvereins statt. Zu dieser war der Vorstehende untrer Gewerkschaft Müller (Werdun) erschienen. Unter „Gehilfenem“ teilte der Vorstehende mit, daß in Bälde Fragebogen zu einer Statistikk ausgegeben werden und diese genau auszufüllen seien. Sodann wurde ein Kollege unter Vorbehalt der Gewerkschaft zum Ausschluß empfohlen. Zum folgenden Punkte gab Kollege Lenling einen gedrängten Bericht über die Quartalsversammlung in Mächen. Nimmeh erhielt Kollege Müller das Wort zu seinem Vortrage: „Die neuesten Erscheinungen zur Sehmachmaschine“. Redner legte an Hand von Artikeln aus der „Zeitschrift“ dar, woher der Wind bei unsern Prinzipalen weht, und wie ihnen von Geschäftsführern (à la Kaufmann) und Faktoren (à la Fesse) beigeprungen wird. Nachdem dem Redner durch den Vorstehenden der Dank der Versammlung ausgesprochen war, setzte die Diskussion ein. In dieser machten die Kollegen ihrem Unwillen in ziemlich kräftigen Worten Luft. Man war allgemein der Überzeugung, daß Worte, wie Sabotage, Rückgang der Leistungen usw., durch nichts zu begründende Schlagworte seien. Unter „Technischem“ und „Tariflichem“ wurden einige Störungen an Typograph und Linotype besprochen. Auch wurde festgestellt, daß die Maschinenfabriken (Typograph wie Linotype) bei vorkommenden Beschwerden über nicht einwandfreies Material alles dem Maschinenlehre in die Schuhe schieben möchten. Gegen derartige Geschäftspraktiken legte die Versammlung entschiedenen Protest ein. Passierte solches doch loger einem Maschinenlehre mit 15jähriger Praxis. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht. Der Versammlungsbesuch war gut, fehlten doch nur zwei Mitglieder, eins davon hatte sich kritisch entschuldigt.

n. Seif. (Berufslehrebericht.) In der am 19. Juli abgehaltenen Versammlung erstattete Kollege Lange den Bericht vom Gausig in ausführlicher Weise. In der Diskussion erklärten sich die Anwesenden mit den gefassten Beschlüssen im großen und ganzen einverstanden. Der Kassenbericht pro zweites Quartal 1913 schloß in Einnahme und Ausgabe mit 344,45 Mk. ab. Auf ein Besuch im Ferienbewilligung hatte eine Firma ablehnend geantwortet, während die andre es nicht der Mühe wert hielt, dem Vorstand einen Bescheid zukommen zu lassen. In zwei Druckereien erhalten die Kollegen Ferien. — Am 16. August hatten die Mitglieder Gelegenheit, einen Vortrag des Kollegen Klopch über „Die neuen Bestimmungen zur Krankenversicherung“ zu hören. Redner verbreitete sich eingehend über die einzelnen Paragraphen des Gesetzes und kam auch auf die bevorstehenden Krankenkassenwahlen zu sprechen. Reicher Beifall wurde dem Referenten zuteil. Die Johannisfestrechnung ergab ein beträchtliches Defizit, da eine schwache Beteiligung der Kollegen an dem Waldausflug zu verzeichnen war. Einige Auslegungen aus den neuesten Tarifamtsentscheidungen kamen noch zur Erörterung. — Die Septemberversammlung hatte sich außer den üblichen geschäftlichen Mitteilungen mit Erwahwahlen zum Vorstande zu befassen, da drei Mitglieder deselben ihre Ämter niedergelegt hatten. Der Kartellbericht wies einige interessante Sachen auf und rief eine längere Debatte hervor. Mehrere interne Sachen bildeten den Schluß.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Ferien! Die Buchdruckerei der „Unterländer Volkszeitung“ G. m. b. H. in Reckarum gewährte ihrem Personale Ferien mit folgender Karenzzeit: Bei einem Jahre zwei Tage, bei fünf Jahren vier Tage. Vier Kollegen kamen in den Genuss derselben.

Meisterprüfungen. Vor der jeweils zuständigen Handwerkskammer legten folgende Kollegen die Meisterprüfung ab: Emil Bonk und Hugo Söhbold aus Heffstedt sowie Georg Schynze aus Biberach a. N. (Württemberg).

Es zogen drei Jüngling . . .! Vor einigen Tagen sind in Heidelberg drei Buchdruckerlehrlinge zusammen ausgerissen, um durch das badische Land und die Schweiz nach Frankreich zu ziehen und sich dort der Fremdenlegion anzuvertrauen. Sollen sie gelingen, die drei unternehmungslustigen Jünglinge von der Ausführung dieses abenteuerlichen Plans abzuhalten; denn wenn wir als Buchdrucker auch der Meinung sind, daß wir genug Lehrlinge haben, so könnten wir doch einer solchen Lehrlingsauswanderung keine Sympathie entgegenbringen.

Betriebsunfall. In einer Marendorfer Druckerlei verunglückte ein Lehrling während des Ganges der Maschine ein Stück Papier von einer Walze zu entfernen und geriet dabei mit der rechten Hand zwischen Walze und Form, wodurch er sich außerordentlich schwere Verletzungen zuzog.

Verpflichtung zur Abschließung eines Lehrvertrags. Das preussische Kammergericht hat neuerdings entschieden, daß nicht nur für Lehrlinge in Handwerksbetrieben, sondern auch für solche in Fabrikbetrieben ein schriftlicher Lehrvertrag abgeschlossen werden muß, und zwar in allen Fällen, wo die Lehrlinge in technischen Abteilungen zu Handwerken ausgebildet werden sollen.

Stiff! Stiff! Was im gegenwärtigen Zeitalter des „Rückganges der Leistungen“ alles von einem Schwarzkünstler verlangt wird, lehrt wieder einmal ein Inset in der „Buchdruckerwoche“, das folgenden Wortlaut hat:

Für eine Zeitungsdruckerei Rheinlands wird baldigst ein tüchtiger, junger, militärfreier, haltbarer

Anzeigen- und Akzidenzsetzer

gesucht, der bereit und fähig ist, täglich nachmittags 2-3 Stunden das Geschäftsmotorrad zu fahren, wie Führerschein besitzt. Offert. u. V. D. 4859 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Es scheint demnach höchste Zeit zu sein, daß unsere Kollegen von der Akzidenzlerparade sich neben dem Meisterkittel oder der Lehrlingsanleitungsbesugnis und dem katholischen Taufschein auch noch den Führerschein zum Motorabfahren erwerben, ansonst es nicht ausgeschlossen scheint, daß sie als rücksichtslos eingeschätzt werden könnten. Ja, wir glauben sogar, daß es höchste Zeit ist, daß sich einige von ihnen auch noch das Luftschifferpatent zu erkünnen suchen, wenn nicht der Vorwurf der willkürlichen Zurückhaltung der Leistungen seine volle Berechtigung erlangen soll. Nach Lage der Sache scheint es nicht ausgeschlossen, daß die „Zeitschrift“ schon einen diesbezüglichen Dreipassigen auf der Pflanze hat; hoffentlich vergißt sie aber diesmal auch nicht, anzugeben, wo die Gehilfen das Geld und die Zeit hernehmen sollen, um solchen „Müchen“ eines rheinländischen Zeitungsdruckereibesitzers gegebenenfalls entgegen zu können.

Buchdruckereiarbeiterfreik in Wiesbaden. Wie die Frankfurter „Volksstimme“ berichtet, steht in Wiesbaden seit einigen Tagen das Hilfspersonal der Druckereien von Ritter, Bedthold und Plaum im Auslande. Die Prinzipale haben den eingereichten Lohnantrag abgelehnt und verweigern jede Verhandlung. Die Unternehmer wollen keine Minimallöhne bezahlen, sondern nur nach freiem Ermessen. Löhne von 7 bis 8,50 Mk. für Hilfsarbeiterinnen, 8 bis 11 Mk. für Anlegerinnen halten sie für genügend. Perfekte Anlegerinnen, die in Darmstadt, Frankfurt usw. 15 bis 18 Mk. Wochenlohn erhalten, bekommen in Wiesbaden 11,50 bis 12, höchstens 13 Mk. Trotzdem in einigen Druckereien 4 bis 5 Mk. den männlichen Arbeitern mehr bezahlt werden, als die Forderungen der Streikenden betragen, drückt man sich um den Kern der Sache herum mit der Motivierung: Die Verhältnisse in Wiesbaden ließen eine tarifliche Festlegung der Löhne nicht zu.

Wie Vertrauensmänner der Arbeiter als „Sicherheitsmänner“ behandelt werden. Nach dem preussischen Berggesetz können Sicherheitsmänner während ihrer Amtsperiode nicht entlassen werden, sofern sie sich keine groben Verstöße gegen die Arbeitsordnung oder gegen das Berggesetz zuschulden kommen lassen. Nur wenn Verhältnisse eintreten, nach denen ihr Amt als Sicherheitsmann erlischt, können sie genau wie andre Arbeiter gekündigt und entlassen werden. Wie der Saariskus Verhältnisse eintreten läßt, um unliebsame Sicherheitsmänner loszuwerden, zeigt folgender Fall: Auf der Grube „Victoria“ bei Müllingen war in einer Steigerabteilung ein äußerst gewissenhafter und pflichttreuer Sicherheitsmann tätig, der es durch seine Tätigkeit mit der Verwaltung längst verdorben hatte. Vor einigen Monaten löste die Verwaltung nun diese Abteilung auf und teilte die Betriebe an dert Steigerabteilungen zu. Mit dem Aufheben der Steigerabteilung erlosch auch das Mandat des Sicherheitsmanns, den man nun sofort nach einem andern Schacht verlegte, wo er aber viel weniger verdiente. Er kündigte deshalb selbst. Kurz nach der Verlegung des unbehaglichen Sicherheitsmanns ließ man die aufgelöste Steigerabteilung wieder aufheben und ließ einen neuen Sicherheitsmann wählen, weil sich die „Verhältnisse geändert hätten“. Es war selbstverständlich, daß die Verwaltung nun die nötige Vorfrage traf, damit nicht wieder ein Sicherheitsmann gewählt wurde, der die nochmalige Auflösung der betreffenden Steigerabteilung notwendig machte. An Stelle des pflichttreuen Verbandskameraden wurde ein gelber Sicherheitsmann gewählt, der scheinbar immer „alles in Ordnung“ findet. Auf diese oder ähnliche Weise hat sich der Saariskus manchen unbehaglichen Sicherheitsmann vom Halbe geschafft. Diese Vorkommnisse zeigen, daß der Saariskus die Gehege genau befolgt und Sicherheitsmänner erst dann verlegt oder kündigt, wenn den Sicherheitsmännern durch vorher „eingetretene Verhältnisse“ das Mandat geraubt war. Wirklich vortreffliche weiße Saube!

Kein „Hochachtungsvoll“ mehr! Der Bund Deutscher Industrieller hat für den Bereich seiner Mitglieder beschlossen, vom 1. Oktober ab in der geschäftlichen Korrespondenz alle überflüssigen Redewendungen und Höflichkeitssphrasen, so auch die Verflüchtigung der selbstverständlichen Hochachtung fortzulassen. Zweifellos könnte eine solche Vereinfachung, allgemein eingeführt, nur von Vorteil sein.

Abgelehnte Organisationsverschmelzung. Durch Abstimmung wurde der Anschluß des Schiffszimmererverbandes an den Deutschen Holzarbeiterverband mit großer Mehrheit abgelehnt. Die im Mai dieses Jahres in Hamburg folgende 13. Generalversammlung des Verbandes der

Schiffszimmerer Deutschlands hatte den Verbandsvorstand mit der Vornahme einer Urabstimmung über den Anschluß beauftragt. Diese Abstimmung ist nunmehr zum Abschluß gelangt. Von den 3715 Mitgliedern haben sich 2788 an der Abstimmung beteiligt. Davon stimmten 499 für den Anschluß und 2221 dagegen. 68 Stimmen mußten für ungültig erklärt werden. Der Anschluß ist also mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Verband wird in der bisherigen Form weiter bestehen bleiben.

Die kirchliche „Unabhängigkeit“ der christlichen Gewerkschaftsführer. Die drei bekannten Führer der christlichen Gewerkschaften Giesberts, Imbusch und Stegerwald haben gegen verschiedene Zeitungen Klage erhoben, weil diese ihnen nachsagten, daß sie kirchlichen Behörden gegenüber bestimmte bindende Erklärungen über ihre Haltung im Einklange mit der päpstlichen Enzyklika gegeben hätten. Der Gewerksmann dieser Behauptungen, der römische Berichtsfasser der „Wartburg“, hat nun vor Gericht seine Beweisgründe in folgenden drei Punkten niedergelegt: „1. Die Gewerkschaftsführer Giesberts, Imbusch und Stegerwald gaben kurz vor der Essener Tagung Erklärungen über die richtige Auslegung und Anwendung der päpstlichen Gewerkschaftsenzyklika in die Hand des Bisfumsverweier Dr. Kreuzwald in Köln. 2. Die Katholiken Giesberts, Stegerwald und Imbusch der Erzdiözese Köln haben in schriftlicher Form Gehorsam gelobt, den Weisungen des Erzbischofs und den Anschlägen der zuständigen Überwachungspersonen geistlichen Standes — wie sie genannte Enzyklika Pius' X. vorseht — jederzeit zu folgen. 3. Für diese korrekte Haltung sind die katholischen Gewerkschaftsführer Deutschlands von der vatikanischen Presse als treue Säbne der römischen Kirche mit Anerkennung und Lob bedacht worden. Die Tatsachen 1—3 stammen direkt aus dem Staatssekretariate des Kardinals R. Merry del Val, und zwar vom Chef des publizistischen Bureaus, Monsignore Eugenio Pacelli.“

Zur Erhöhung der Lohnpfändungsgrenze. Zu der Auforderung des Reichstags an die Regierung, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, in dem die bisherige Pfändungsgrenze des Arbeitslohs von 1500 Mk. teils kürzlich die „Informations“ mit, daß inzwischen Erhebungen über diese Frage angestellt worden sind. Nach diesen haben auch große Unternehmerverbände eine Erhöhung der Pfändungsgrenze befristet. Es wird unter anderem vorgeschlagen, eine Staffelung der Pfändungsgrenze einzuführen zu lassen, durch die die Höhe des Existenzminimums auf Grund des Einkommens berechnet werden könnte und sich zwischen 1500 und 3000 Mk. zu bewegen hätte. Von anderer Seite wird vorgeschlagen, an der im Lohnbeschlagnahmengesetz vom Jahre 1869 vorgesehenen Pfändungsgrenze festzuhalten, aber durch eine neue Bestimmung dafür Sorge zu tragen, daß bei verheirateten Angehörigen und auch bei solchen, denen die Sorge für andre Familienangehörige obliegt, eine Ausnahme möglich ist, so daß in diesen Fällen auch ein höherer Betrag als monatlich 150 Mk. nicht pfändbar ist.

Schluß vor Streikbrechern durch das Gewerbegericht. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet von Köln, daß sich dieser Tage das dortige Gewerbegericht mit einem Streik am Tieschen Neubau als Eingangsamt zu beschäftigen hatte. Die Ursache des Streiks liegt darin, daß bei einer Lohnbewegung der Gipser 17 Leute weiterarbeiten, welche die Streikenden verhöfchten. Als nach zwei Tagen die Forderungen der Gipser bewilligt wurden, stellten die Stukkatoren die Bedingung, daß vor Wiederaufnahme der Arbeit die 17 Gipser von der Baustelle entfernt würden. Diese Bedingung war gestellt worden, um die Arbeitswilligen selbst zu schützen, denn wegen der Verhöfchung hätte man sich leicht zu Taten hinreißen lassen können, die, wie der Deuter Landfriedensbruchprozeß gezeigt habe, mit schweren Gefängnisstrafen geahndet werden. Das Gewerbegericht ist einstimmig der Meinung, daß die 17 Gipser von der Arbeitsstätte entfernt werden müssen, und empfiehlt den Unternehmern, diese Leute sobald als möglich auf andern Bauten unterzubringen. Bis dahin sollen die Gipser in abgeordneten Arbeitsstellen beschäftigt werden. Die Vertreter der Unternehmer erklärten sich hierzu bereit.

Der Konjunkturrückgang. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Konjunkturrückgang in der Großindustrie jetzt ernstere Gestalt annehmen wird, und daß auch die Arbeiterkreise, die stets am schwersten unter einer wirtschaftlichen Depression zu leiden haben, schärfer davon erfaßt werden. So kommen aus verschiedenen Gegenden des Reichs, namentlich aber aus dem industriellen Westen, Nachrichten über Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen. Eine Rundfrage des Deutschen Textilarbeiterverbandes in der Tuchfabrikation des Aachener Bezirks ergab, daß dort 1619 Beschäftigte, d. i. mehr als ein Viertel, ohne Arbeit sind und stillstehen, außerdem arbeiten dort 13 Betriebe mit zum Teil erheblich verkürzter Arbeitszeit. — Eine mit dem Konjunkturrückgang eng zusammenhängende Erscheinung ist der verminderte Einlagenbestand der Sparkassen, der gegen die vorhergehenden Jahre ganz erheblich zurückbleibt. Dieser Rückgang verteilt sich gleichmäßig über das ganze Reich. So sehen wir Konjunkturrückgang und verminderte Arbeitsgelegenheit auf der einen und ständig zunehmende Feuerung auf der andern Seite — wahrlich trübe Aussichten für die deutsche Arbeiterschaft.

Aus der englischen Gewerkschaftsbewegung. Wie unsere Leser zum größten Teile wohl schon in der Tagespresse gelesen haben, sind gegenwärtig in Großbritannien große Arbeiterkämpfe im Gange, hauptsächlich in Dublin (Irland). Wenn wir davon bis jetzt noch keine Notiz genommen haben, so deshalb, weil die uns ausgetragenen Nachrichten sehr viel an Klarheit zu wünschen übrig ließen und von Tag zu Tag verwickelter wurden. Nun haben

aber die von dem englischen Gewerkschaftskongresse nach Dublin entsandten Delegierten ihren Bericht erstattet, in dem sie erklären, daß sie sich überzeugt haben, daß die Arbeitgeber die Gewerkschaftsbewegung in der irischen Hauptstadt vernichten wollen. Nach Anhörung des Berichts hat das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses beschlossen, sofort durch die genossenschaftliche Grobhandelskaufgesellschaft ein Schiff mit Nahrungsmitteln zu den bedrängten Brüdern in Dublin zu senden, wo die Not schon sehr groß und die Lebensmittelpreise beständig steigen. Das Komitee hat aus den Kassen der ihm angeschlossenen Gewerkschaften 5000 Pfund als Unterstüttung bewilligt. Es hat auch einen Aufruf an die einzelnen Verbände erlassen, die Dubliner freigebig zu unterstützen. Die Zahl der Streikenden oder Ausgesperrten in Dublin beläuft sich auf rund 25000, die mit ihren Familien ein volles Viertel der Gesamtbevölkerung der irischen Hauptstadt ausmachen. Nach den Berichten der bürgerlichen Blätter herrscht in den ärmeren Arbeitervierteln eine förmliche Hungersnot, aber der Mut der Arbeiter ist noch keineswegs gebrochen. Je heroischer sich der Widerstand der Arbeiter äußert, um so halbblütiger schwingen die Unternehmer die Hungerpeitsche. Und mehrfach hat sich schon die Polizei zu schweren Unterdrückungsaktionen gegen die Streikenden im Unternehmerinteresse hergegeben. Gerade dadurch wurden aber die bis dahin noch kaum ernstlich zusammenstehenden Arbeiter erst recht zusammengeführt, was im ganzen Lande zu akuten Sympathietreibern mit schweren Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens in den wichtigsten Verkehrszentren Großbritanniens geführt hat. Auf der andern Seite hatte diese zunehmende Solidarität der britischen Arbeiterklasse die Unternehmer zu einer ganz außerordentlichen Gegenwehr geführt. Am 25. September machten die „Times“ Mitteilung von der Gründung eines großen Bundes englischer Unternehmer, dessen Zweck es ist, die Arbeitgeber im Kampfe mit den Gewerkschaften zu unterstützen. Die Vereinigung führt den Namen Arbeitgebervereinigungs-genossenschaft und wird in das Register der Gewerkschaften eingetragen. Für ihre Stärke spricht, daß bei einer in der vorigen Woche gehaltenen Versammlung zwei großer Fabrikanten je eine Million Mark zum Garantiefonds zeichneten. Die Bilanz ist, den Fonds auf die Höhe von einer Milliarde Mark zu bringen. Jedes Mitglied wird aufgefordert, eine seiner wirtschaftlichen Stellung entsprechende Summe zu zeichnen, doch sollen nicht mehr hiervon eingefordert werden als 7/10 Prozent in einem Jahr. Ein Hauptzweck des Verbandes ist, die Unternehmer im Kampfe mit den Arbeitern zu stärken, wenn diese abgeschlossene Verträge zu brechen suchen. Ferner wird die Revision mancher Gesetze, wie desjenigen über das Streikpostensystem, angestrebt. Die „Times“ selbst erklären sich zwar mit manchen Zielen der neuen Vereinigung einverstanden, halten aber deren Gründung für einen Fehler, weil sie der falschen Idee von einem notwendigen Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit entpringe. Auch in der übrigen öffentlichen Meinung sind diese Neugründungen eine sehr gefehte Aufnahme.

verschiedene Eingänge.

„Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Halbmonatsschrift für das graphische Kunstgewerbe. Herausgegeben von August Müller in St. Gallen. 32. Jahrgang, Heft 2. Abonnementspreis 4,50 Mk. pro Halbjahr.

„Klassenjustiz.“ Von Erich Kuttner. Preis 1 Mk. Aus dem Inhalte heben wir hervor: Recht und Macht. — Der Klassenrichter. — Der Staatsanwalt. — Die Urteile der Klassenjustiz. Zu beziehen durch den Vorwärtsverlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 69.

„Die Arbeitsverhältnisse in der Bürsten- und Pinselindustrie.“ Nach statistischen Erhebungen im November 1912, herausgegeben vom Vorstande des Deutschen Solgarbeiterverbandes. Berlin 1913, Verlagsanstalt des Deutschen Solgarbeiterverbandes, G. m. b. H. Preis 1 Mk.

„In Freien Stunden.“ Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. XVII. Jahrgang. Seite 36—38. Preis pro Heft 10 Pf.

Briefkasten.

D. S. in S.: Ihr Artikel muß trotzdem noch ein Weiches der Ruhe pflegen. — J. S. in M.: Für freundliche Auskünfte besten Dank. In dem bewußten Punkte ist doch aber nicht das frühere Verhältnis, sondern der neuerliche Stand der Dinge maßgebend. — Nach Süddeutschland: Frdl. Dank für Information; wird mit erwähnt. — R. S. in L.: Eingang des Beitrags für 1913 hiermit bestätigt. — S. A. in C.: Sie als Vorsitzender der Essener Niederlassung des Gutenbundes können auch wissen, wie man eine Berücksichtigung abzufallen hat, wenn Sie sich auf den § 11 berufen. Wir bekunden jedoch die bei uns größere als die beim „Tsp.“ herrschende Wahrheitsliebe, indem wir sie nicht vollständig ablehnen. Aus Ihrem Schreiben glauben wir darauf schließen zu können, daß Sie mit einiger Genugtuung sagen wollen, der bewußte Mangel sei vom Essener Bundesvereine nicht aufgenommen, sondern in der Versammlung vom 17. August abgelehnt worden. Wir machen Sie aber auf folgendes aufmerksam: Am 2. August hielt unser Ortsverein Essener eine Versammlung ab, in der unter für M. schimpflichen Umständen dessen Ausschlußantrag angenommen wurde. Am 8. August wird das Aufnahmegesuch von Mochel im „Tsp.“ veröffentlicht. In Ihrem Bericht über die Bundesversammlung vom 17. August, der am 29. August im „Tsp.“ veröffentlicht wurde, ist wohl von zwei Neuaufnahmen die Rede,

von einer Ablehnung aber kein Wort. Das am 21. August im „Korr.“ erschienene Konterlet von M. hat Sie nicht einmal veranlaßt, dem „Tsp.“ noch mitzuteilen, daß M. entgegen der im „Korr.“ ausgesprochenen Meinung nicht aufgenommen sei. Man weiß da nicht, wo die Klunterei aufhört und wo die Wahrheit anfängt. — Glückspilz: 1. Das eine ist uns neu. 2. Das ist aber eine „Schleberei“! 3. Freilich, es könnte wohl so etwas wie eine Götterdämmerung Platz greifen über den „natica“n und den „christlichen“ Charakter des ehrbaren Gutenbundes. Das Trefferische Bemühen, mit einer neuen Schwindeldel und mit einer „christlichen“ Schimpfkanonade auch darüber hinwegzuwoltigieren, wird seine Wirkung verfehlen. Was Salekhu zum Schluß sagt, ist nur eine schwache Bemängelung seiner förmlich konfirmierenden Antwort in ihrem hauptsächlichsten Teile. Was der „Tsp.“ jedoch von dem Bienenfinkischen Ausführungen fortließ, war das Wesentlichste daran; das ist sehr wohl ein Unterschied. 4. Die „prächtig verlaufenen“ Verammlungen Trefferis wie die „sozialdemokratischen Berichtsfasser“ existieren nicht einmal glaubhaft in der Überzeugung Trefferis. Wir haben aber keine Veranlassung, uns früher als beabsichtigt mit diesem Blatte zu beschäftigen. Der Deutsche Buchdruckerverein hat durch die „Zeitschrift“ ja nun endlich ein Machtwort gegen die bündlerische Sehe gesprochen. — A. B. in Br.: Freundlichen Dank! Paßt gerade in den Streifen. — C. W. 3.: Bei diesem Insug in Zentrumsdruckereien will der Gutenbergsbund noch von Unterdrückung reden! — W. W. in L.: Wird noch berücksichtigt. — A. S. in D.: Für eingehende Darstellung besten Dank. Werben davon geeigneten Gebrauch machen. Die „S. R.“ verheißt ja nur noch den Konsumvereinen Verjorgung mit allem Material. Mit neuem Verzag man nicht mehr zu kommen. — S. C. in A.: Das behördliche Verlangen ist unberechtigt. Das Geleß vom 26. Juli 1897 gewährte jeder 24 Jahre alten Person, die ordnungsgemäß ausgemerkt, das Recht zur Lehrlingsausleitung (nicht nur Personen in leitender Stellung). Diese Tatsache ist ausschlaggebend für die weitere Verleibung der Novelle auf Grund des neuen Rechts, nämlich der Novelle zur Gewerbeordnung vom 30. Mai 1908. — G. M. in C.: Können Ihnen keine Soffnung machen. — W. M. in Neustadt a. S.: Ihren Bericht betrachten wir nach der in Nr. 111 gebrachten Rundschreiben als erledigt. — S. St. in Perleberg: Nach der höchst blamablen Einschätzung des bündlerischen Vertrauensmannes durch die dortigen Gutenbergsbündler selbst kann der Raum im „Korr.“ zweckentsprechender vermerkt werden als zu einer Polemik gegen die einseitige Schreibererei des Stolle im „Tsp.“. Also abgelehnt. — A. B. in Stuttgart: 65 Pf.

Auf verschiedene Anfragen aus Leipzig haben wir folgendes zu erklären: Wie die Duvertüre, so auch der Schwamengelang! Aber die neuen Verdrückungen sind eben so hollös wie die in der ersten Nummer des „Sozialistischen Wochenblattes“. Aber die daraus sprechende Genügnung verlieren wir überhaupt kein Wort. Es ist festzustellen, daß seit dem Jahre 1907, also unter der Regierung des „Sozialistischen Wochenblattes“, über die daraus sprechende Genügnung im „Korr.“ nicht mehr aufgenommen worden sind. Das „Sozialistische Wochenblatt“ wurde indes wie jede politische Zeitung oder Zeitschrift unter „Eingänge“ registriert, wenn es uns zu diesem Zwecke zuzug, was auffallenderweise nur selten geschehen ist. Es ist weiter festzustellen, daß Streichungen der behaupteten Art in Gratulationsanzeigen für Reghäuser nicht erfolgt sind, sondern nur Stellen fort gelassen wurden, die eine Reklame für sein Blatt involvierten, was konform der Ablehnung seines eignen Interests zu geschehen hatte. Im allem sollen, die andern“ schuld sein, von eigenem Verschulden will man nichts wissen. Aber die vielen entkräfteten Zuschriften an uns über den Inhalt der ersten Nummer haben wir nichts verlaun lassen — jetzt kommt der Dank dafür! Die Redaktion.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind unbedingt Erkundigungen einzuziehen, da die betreffenden gegenseitigen Verbände solche Mitglieder sofort ausschließen bzw. auf die Dauer von sechs Monaten und mehr außer Bezug sämtlicher Mitgliedsrechte setzen, welche ohne vorherige Anfrage eine Kondition angenommen haben. Die Adressen dieser gegenseitigen Verbände sind für: Belgien: A. van Haesendonck, Brüssel-Maritime, 40 rue van Meyel. Bosnien und Herzegowina: Typographenverein für Bosnien und Herzegowina, Sarajewo, Postfach. Brasilien: Alfred Hanke, em casa „Hennies Irmaos“, Sao Paulo (Brasilien), Rua do Rido-chuelo 14 e 16. Bulgarien: Vorstand des Bulgarischen Typographenverbandes, V. P. Dulgeroff, Präsident, Sofia, Tschiprovzistraße 1. Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K, Nybrogade 12. Finnland: Finska Typograförbundet, Helsingfors, Fabriksgatan 8. Frankreich: A. Keufer, Paris, Rue St. Antoine 62. Italien: Comitato centrale della Federazione Italiana dei Lavoratori del Libro, Milano, Via Manfredo Fanti, 19. Kroatien: L. Wieser, Agram, Primorska ulica 2. Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philippstraße 7.

Nordamerika: Hugo Miller, Bundessekretär der D.-A. Typographia, Newton Claypool Bldg., Indianapolis (Ind.).
Norwegen: O. Ruud, Kristiania, Youngsgaden 13.
Österreich: F. Reifmüller, Wien VII I, Seidengasse 15.
Riga: Redaktion des „Neuen Baltischen Bucharbeiter“, Riga (Russland), Postfach 616.
Schweden: Svenska Typograförbundets Expedition, Stockholm, Jacobsgatan 22a.
Schweiz (deutsche): Jacq. Schlumpf, Sekretär, Bern, Maulbeerstrasse 32.
Schweiz (romanische): Joli Vallon, Cercle Typographique, Lausanne, Place du Nord 2.
Serbien: Vorstand des Typographenvereins, Belgrad, Restaurant „Dva Pobratima“, Makedonska ulica.
Ungarn: Redaktion der „Typographia“, Budapest VIII, Békocsis-utca 1.
 Berlin. Der **Verbandsvorsand.**

Bezirk Frankfurt a. M. Alle Sendungen sind bis auf weiteres an Kollegen C. Neus, Allerheiligenstraße 51, zu adressieren. Kollege Rehfänger trifft das Amt des Vorsitzenden nicht an.

Berlin. (Resultat der Stimmzettelauszählung zur Wahl von sechs Besitzern zum Verbandsvorstande.) Abgegebene Stimmzettel 7789, davon ungültig 73, verbleiben gültig 7716. Absolute Mehrheit 3859. Es erhielten Stimmen: Alwin Beuermann (Korrektor) 6107, Ernst Binske 3621, Otto Föhne (Maschinenlehrer) 6522, Franz Hoyer (Drucker) 6301, Louis Reimbach 4351, Martin Reisch 4360, Hans Pilz 4573, Otto Schulz 4470, Karl Wenzel (Stereotypur) 5938, zerplittert 53. Die Namen der gewählten Kollegen sind gesperrt gedruckt.

Kassel. Um Angabe des gegenwärtigen Aufenthaltsortes des Faktors (oder Geschäftsführers) C. August Schulze, geboren in Mühlhausen i. Sch., an A. Börner, Orleansstraße 49, wird höflich gebeten.
Schwern i. M. Vorsitzender: Ernst Bartels, Bergstraße 38 II; Kassierer: Rudolf Morbach, Gutenbergstraße 62 II.

Adressenveränderungen.

Bromberg. (Bezirk und Ort.) Vorsitzender: August Lorenz, Hoffmannstraße 10.
Elberfeld. (Bezirk.) Vorsitzender: Heinrich Marschall, Obere Eichenbeek, Baugenossenschaft „Eigner Herd“.
Frankenthal (Pfalz). Infolge Abreise des ersten Vorsitzenden sind alle Zuforderungen an den Stellvertreter desselben, Hermann Maas, Almalienstraße 34, zu richten.
Randshuf (Bayern). Kassierer: L. Meindl, Papiererstraße 2 pt.
Limbach (Sa.). Vorsitzender: Otto Müller, Gartenstraße 10 I.
Müdenscheid. Vorsitzender: Gustav Gock, Haslenstraße 7.
Mainz. Vorsitzender: Friedrich Conradi, Bonifaziusstraße 9.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
 In Bochum der Seher Heinrich Geier, geb. in Bochum 1882, ausgel. dal. 1900; war schon Mitglied. — In Herne der Seher Kasimir Butowski, geb. in Bresnow 1895, ausgel. in Br.-Stargard 1912; war noch nicht Mitglied. — G. Friedemann in Bochum, Wiemelhauser Straße 42.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Die verehrl. Funktionäre werden ersucht, das Quittungsbuch des Sehers Anton Dengler

aus Herzogenaurach (Hauptbuchnummer 69926) zur Prüfung an die Hauptverwaltung einzufenden und gleichzeitig eine Adresse anzugeben, an die das Buch dem Inhaber wieder zugeandt werden kann. Ortsunterstützung ist dem Kollegen Dengler bis auf weiteres nicht zu zahlen.

Frankenthal (Pfalz). Die Auszahlung der Unterstützung an Ausgesessene und Nichtbezugsberechtigte findet nur in der Wohnung des stellvertretenden Vorsitzenden Hermann Maas, Almalienstraße 34, statt.

Verammlungskalender.

Breslau. Verammlung Dienstag, den 30. September, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Margaretenstraße 17.
Darmstadt. Bezirksversammlung Sonnabend, den 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bismarckstraße 19.
Düsseldorf. Stereotypur- und Galvanoplastiker-Verammlung Sonntag, den 5. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im Vereinsklub, Ecke Karlsplatz und Silberstraße.
Korrekturenversammlung Sonntag, den 5. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in Krefeld, Restaurant Silber, Petersstr. 93.
Eberswalde. Generalversammlung Mittwoch, den 1. Oktober, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale Lemmer, Bismarckstraße.
Siegen. Bezirksversammlung Sonntag, den 9. November, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Gasthofe Wirt in Wissen. Anträge bis 24. Oktober an den Vorsitzenden.

Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands.

Vorsitzender: Friedrich Oberüber, Adlershof b. Berlin, Arndtstraße 4.

Buchdruckerverein in Ungarn.

Ugós (Ungarn). Die Zahlstellenverwalter werden höflich gebeten, falls sie von dem Aufenthaltsorte des Druckers Peter Kunst, geb. in Ugós (Ungarn), Kenntnis haben, dies umgehend dem Zahlstellenverwalter F. Rozumplik, Buchdruckerei Kuvéth & Koffer, mitteilen zu wollen.

Bronchialkatarrh, Asthma, Lungenkatarrh, Kehlkopf-, Rachen-, Nasenkatarrh, Folgen von Influenza.

Wer an einer dieser Krankheiten leidet, veräume nicht, sich sofort über den glänzend bewährten Sanceré Inhalator zu informieren. Sanceré Inhalator ist der vollkommenste und beste, was über

10000 Anerkennungschriften

von Ärzten und Patienten beweisen. Keine Nachahmung hat auch nur annähernd solche Erfolge aufzuweisen. Der Preis für den kompletten Inhalator (sogar gebrauchsfertig) ist 8,85 Mk. gegen Nachnahme franko. Bedürftiger Personen wird auch Teilzahlung gestattet.

Bronchialkatarrh gänzlich geheilt!

Ich kann es nicht unterlassen, Ihnen mitzuteilen, daß ich mit Ihrem Inhalator sehr zufrieden bin. Gegen einen Bronchialkatarrh habe ich lange gekämpft, doch alles war erfolglos, bis mir Ihr Apparat schon nach ganz kurzer Zeit Besserung und nach drei Wochen vollständige Heilung gebracht hat.

Wiederholp. Willt Willt. Ein vierzigjähriger Luftröhren- und Lungenkatarrh geheilt.

Ich litt vierzig Jahre an einem hartnäckigen Luftröhren- und Lungenkatarrh, gebrauchte englische Inhalationsgläser, die mir nichts halfen, und eine Masse Arzneien, die ebensoviel bewirkten und mir einen Magen- und Darmkatarrh zuzogen. Vor kurzem ließ ich mir einen Sanceré Inhalator kommen, und bald war mein altes Leiden vollständig geheilt. Auch das Asthma, das ich mir infolge des

anhaltenden Hustens zugezogen hatte, ist fast vollständig verschwunden. Ich bin deshalb ganz begeistert von dem Sanceré Heilverfahren und kann ähnlich Leidenden nur den Rat geben, sich sobald als möglich den vorzüglichen Sanceré Inhalator anzuschaffen. Ich habe diese Anerkennung freiwillig (ohne Aufforderung) ausgestellt und mit meinem Namen unterzeichnet.

Kassell. S. Büchler, Realschulvorstand. Von 20jährigem Rachen- und Kehlkopfkatarrh befreit!

Seit 20 Jahren litt ich an einem chronischen Rachen- und Kehlkopfkatarrh, durch welchen ich trotz der vielen angewandten Mittel immer mehr herunterkam. Seitdem ich Ihren Inhalator benütze, bin ich vollständig von meinem Leiden befreit, wie neugeboren und kann meinen Geschäften wieder regelmäßig nachgehen. Allen ähnlich Leidenden werde ich Ihren Inhalator stets empfehlen.

Borbeck (Mhd.). Frau Wwe. Schroer. Ein fünfjähriger Nasenkatarrh geheilt!

Für den mir überandten Inhalator sage ich Ihnen meinen wärmsten Dank. Derselbe hat mir vorzügliche Dienste geleistet. Ein fünfjähriger Nasenkatarrh, der bereits anfang, zur Stirnhöhlenentzündung überzugehen, ist durch Ihren Inhalator geheilt; ich werde denselben weiter empfehlen, wo ich nur kann.

Görlitz. Frau Marg. Martin. Kopfschmerz, Benommenheit, Augenbrennen, Schlaflosigkeit!

Nichts vergift der Mensch leichter als Wohlthaten. Fast hätte auch ich diese Tatsache durch mein Verhalten er-

härlet. Ich habe mich schon so sehr in den Zustand des Behagens eingelebt, daß er mir gewohnheitsmäßig geworden ist. Denke ich indessen daran, was ich noch vor Monaten an Kopfschmerz, Benommenheit, Augenbrennen, Schmerz über den Augen, Schlaflosigkeit und peinvoller Verfinnung gelitten habe, dann drängt sich mir ungefühl das Gefühl auf, Ihnen von Herzen zu danken, daß Sie mir durch Ihren herrlichen Inhalator Gesundheit und Lebensfreude wiedergegeben haben, die ich über zwölf Jahre schmerzlich vermisse.

Großenhain. Sain, Lehrer.

Die Firma Karl A. Sanceré, Wiesbaden 246, verschickt pöpstlich kostenlos außer einer belegenden Broschüre auch ein Heftchen mit vielen weiteren Anerkennungschriften. Alle Briefe sind mit vollen Adressen veröffentlicht, so daß Zweifler sich noch einmal selbst über die vorzügliche Wirkung von Sanceré Inhalator informieren können. Die Schreiber der betreffenden Briefe werden im Interesse der guten Sache gern jede gewünschte Auskunft erteilen.

Die aufklärenden Drucksachen werden an jeden Interessenten kostenfrei versandt, durch die allein berechnigte Firma Karl A. Sanceré, Wiesbaden 246.

Man achte aber genau auf diese Adresse, um sich vor unlesbamen Enttäuschungen zu bewahren.

Warnung!

Wie jede gute Sache, so ist auch Sanceré Inhalator bereits nachgeahmt. Man hüte sich vor derartigen Nachahmungen!

Alkzidenzgießer
 per 6. Oktober geht in. Es wollen sich nur ganz tüchtige Herren melden unter Vorlage von selbstgeschriebenen Entwürfen, Sammlern und Zeugnisabschriften.
 Buchdruckerei Wolf & Sohn, Münberg.
 Ein Mähtler, an der Kompletmaschine bewandert [446]

Schriftgießer
 findet bei uns Stellung. Anerbietungen mit genauer Angabe des Alters, der jetzigen Tätigkeit und der Gehaltsanprüche erbeten.
 Biederstehe Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Berliner Korrektorenverein
 Sonntag, den 5. Oktober, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Allegandrinenstr. 44:
Verammlung
 Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen; 2. Vortrag des Kollegen Grotzke: „Aus Frührenten nach Lab“; 3. Vereinsangelegenheiten; 4. Sonstiges.
 Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand. [445]

Die Zeichnungslisten
 für die am 30. September zur Ausgabe gelangende
Engelhardt's Buchdrucker-Agenda für das Jahr 1914
 (Subskriptionspreis Mk. 1.30)
 sind an die Herren Vertrauensmänner aller Druckereien versandt!
 Wir bitten, die Listen umgehend zurückzulegen zu lassen und recht zahlreich zu zeichnen. Auf versch. Anfragen teilen wir mit, daß die diesjährige Agenda u. a. reichlich mit perforierten Notizblättern versehen ist! Wo die Listen nicht eingetroffen sind, bitten wir solche frdl. umgehend zu verlangen vom
Verlag Engelhardt's Bezugsquellen für das graphische Gewerbe, Leipzig.

Leipziger Maschinenfabrikvereinigung
 Sonntag, den 5. Oktober, vormittags pünktlich 10 1/2 Uhr, im „Volksklub“, Zeißer Straße:
Monatsversammlung
 Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. „Maschinenzeitschriften“ (Referent: Kollege Otto Föhne (Berlin)).
 In Anbetracht der Wichtigkeit des Referats erwarten wir den vollständigen Besuch unserer Mitglieder.
 Der Vorstand.

Alkzidenzgießer
 (Meister), seit Jahren in Schriftgießereien tätig, wünscht sich in entsprechende Stellung, eventuell auch in kleine Alkzidenzgießerei, nach Frankfurt a. M. zu verandern. Offerten unter Nr. 451 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger Rotationsmaschinenmeister
 für 4-16seitige Maschinen, voller Stereotypur und Hochdruck, such Stellung. Geht, Offerten unter C. H. 450 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Versehließbare Werkzeugkasten
 sowie sämtliche Werkzeuge für Maschinenmeister empfiehlt Kollege Max Boigt, Leipzig-Stöttcher, Papiermühlstraße 5 II. Preisliste gratis. [378]

Buchdruckmaschinenmeisterverein zu Dresden Begründet 1888
 Sonntag, den 5. Oktober, vormittags 11 Uhr, im großen Saale des „Volksklubhauses“:
Monatsversammlung
 Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

H. MATHAEUS DESSAU
 Flossergasse 46
 Katalog gratis u. fr.

Spanien Herrliche, farbenprächtige Ansichtskarten von Barcelona, Sevilla, Malaga, Madrid, Gecorral u. Madrid, ein von jedem Orte: Rosa Montez, Madrid, San Lorenzo 5. Man verl. Prospelt.

Friedrichstr. 9 Leipzig Friedrichstr. 9
 Empfehlung laubere Beilen von 50 Pf. an.
 Paul Medam, alter Verlehdreiwirt.

W befindet sich mein Bruder Karl Widinger, Schriftföher, geboren am 24. Januar 1888 in Stuttgart. Näheres erbetet Albert Widinger, Stuttgart, Böblinger Str. 208.

3. Aufl. Schorer, Dr. Witte's Maschinenstr. u. Druck. 3. Aufl. Port. 10 Pf. Dr. Verlagsanstalt, Halle a. S.